verteilungsfrage.org

Blog Zur Politik und Ökonomie der Ungleichheit

Chancengerechtigkeit und Umverteilung

Megathema Ungleichheit

Jahrbuch 2015/2016

Studien und Länderberichte

Besprechungen

Inhalt

Einleitung ... 3

Chancengerechtigkeit und Umverteilung ... 5

Umverteilung durch Bildung – aber keine Bildung durch Umverteilung? ... 5

Chancengerechtigkeit braucht Umverteilung ... 7

Megathema Ungleichheit ... 13

Megathema Ungleichheit – aber nicht in Deutschland ... 13

LSE erhält Megaspende für Thema Ungleichheit ... 14

Neue Debatte um Vermögensungleichheit und Vermögensteuer ... 16

Debatte um Ungleichheitsdaten ... 18

Piketty und Vermögensungleichheit: Leerstelle in der wirtschaftspolitischen Debatte? ... 19

Studien und Länderberichte ... 20

IWF-Studie: Schwächung von Gewerkschaften verschärft Ungleichheit ... 20

Soziale Ungleichheit im sozialdemokratischen Musterland Schweden ... 22

Soziale Ungleichheit in der Türkei unter der AKP-Regierung ... 26

Klasse und Politik – ein häufig unterschätzter Zusammenhang ... 29

Studie zu Einfluss und Ungleichheit in den USA: Macht Geld Politik? ... 32

Martin Winterkorn und die Rechtfertigung von Ungleichheit ... 35

Besprechungen ... 39

Anthony Atkinson: Inequality – what can be done? ... 39

Mau / Schöneck: (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten ... 43

Sozialismus, Freiheit, Gerechtigkeit ... 46

Herausgeber & Autor*innen ... 49

Einleitung

20. Oktober 2016 · Julian Bank

Vor gut einem Jahr erschien das erste Jahrbuch des Blogs „Verteilungsfrage.org“. Vieles war bis dahin passiert: Das Buch des französischen Ökonomen **Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert**, war frisch erschienen und hatte eine Debatte über die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen losgetreten. An mehreren europäischen Universitäten gründeten sich **neue Forschungsinstitute** zur Erforschung der ökonomischen Ungleichheit, Wissenschaftler publizierten **wichtige Studien** mit neuen Daten und Befunden und die **breite Öffentlichkeit** diskutierte zunehmend über das Thema. Diese Entwicklung habe ich im Blog – und zusammengefasst im ersten **Jahrbuch 2014/2015** – begleitet.

Seitdem hat sich das Thema in der öffentlichen Debatte etabliert:

- **Leitmedien** wie die *FAZ*, *Süddeutsche Zeitung*, *Die Zeit* oder *Der Spiegel* haben eigene Serien und Titelgeschichten veröffentlicht. Auch eine Reihe von Fernsehreportagen und Talkshowdebatten fanden im vergangenen Jahr zum Thema statt.

- **Wirtschaftswissenschaftler** wie *Clemens Fuest* (der Nachfolger von Hans-Werner Sinn am Münchener ifo-Institut), *Gustav Horn* (der Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts IMK) oder *Marcel Fratzscher* (der Präsident des Berliner Wirtschaftsforschungsinstituts DIW) streiten öffentlich darüber, ob und wie stark denn die Ungleichheit nun zunehme.

- Und auch bei den **Parteien** tut sich etwas: *Bündnis 90 / Die Grünen*, die sich nach der massiven Lobbykampagne gegen umverteilende Politik zur Bundestagswahl 2013 zunächst verstohlen von dem Themenfeld zurückgezogen hatten (und die in mancher Landesregierung auch weiterhin lieber mit der Reichenlobby flirten), streiten immerhin mittlerweile wieder über die Forderung nach höheren Steuerbeiträgen durch Vermögende als Punkt fürs nächste Wahlprogramm. Die SPD-nahe *Friedrich Ebert-Stiftung* organisiert einen eigenen Kongress unter dem Schlagwort „Gleichheit“.

Es wird also intensiv über die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen diskutiert. Und das ist gut so. Das Blog „Verteilungsfrage.org“ hat sich in diese Diskussion auch im vergangenen Jahr kritisch eingebracht – und aufgezeigt, wo die Debatte über Ungleichheit dabei möglicherweise schief hängt. Hier einige Schlaglicher:

- Häufig wird lieber über **Chancengerechtigkeit** geredet als über Umverteilung, als könnten diese Dinge getrennt voneinander betrachtet werden (S. 5, 7)

- Ständig gibt es widersprüchliche Meldungen zur **jüngsten Ungleichheitsentwicklung**. Dabei ist es ein Skandal, dass es immer noch keine solide Datenbasis zur Ungleichheit bei den Vermögen und Spitzeneinkommen gibt – auch wegen Steuerreformen, die gerade diesen Interessen gedient hatten (S. 16, 18).

- Die **schwindende Stärke von Gewerkschaften** ist ein häufig übersehener, aber zentraler Erklärungsfaktor der steigenden Ungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten (S. 20, 22)

- Ökonomische Ungleichheit und politische Ungleichheit hängen eng zusammen: Das zeigen neue Studien aus den USA und Deutschland (S.29, 32). Und auch in der Finanzierung von Forschung – so erfreulich im Fall Ungleichheit das ist – stellt sich **Ungleichheit als Demokratieproblem** dar (S. 14).

Weitere Themen in diesem Jahrbuch sind unter anderem:

- Ungleichheit in der Türkei (S. 26)
- Die Rechtfertigung von Einkommensungleichheit (S. 35)
- Der politische Philosoph G. A. Cohen (S. 46)

Viel Freude bei der Lektüre wünscht

PS: Helfen Sie dabei, **Verteilungsfrage.org** noch bekannter zu machen: Empfehlen Sie die Seite, dieses E-Book und den kostenlosen E-Mail-Newsletter Ihren Freunden und Bekannten!

Chancengerechtigkeit und Umverteilung

Umverteilung durch Bildung – aber keine Bildung durch Umverteilung?

1. April 2016 · von Julian Bank

Die Ungleichheitsdebatte in Deutschland ist in vollem Gange, zuletzt angefeuert durch das neue Buch des DIW-Chefs Marcel Fratzscher. Ein Kommentar im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung illustriert, inwiefern die Debatte um Ungleichheit (unter anderem) schräg ist.

Das neue Ungleichheitsbuch „Verteilungskampf“ von Marcel Fratzscher, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts DIW, hat Wogen geschlagen. Der Spiegel widmete dem Buch seine Titelgeschichte, in den Wirtschaftsteilen der großen Zeitungen füllte es die Kommentarspalten.

Der Chef des Wirtschaftsteils der Süddeutschen Zeitung, Marc Beise, kommentiert die Geschichte wie aus dem wirtschaftsliberalen Lehrbuch:

> (1) Es sei der neue Zeigeist, auf dessen Welle Fratzscher surfe.
> (2) Nehme die Ungleichheit überhaupt zu? Wenn ja, wo genau? Und bei den Einkommen auch?
> (3) Wenn ja, sei das zu ändern?
> (4) Wenn ja, sei das wünschenswert? – Philosophen zerbrächen sich ja schon lange den Kopf über Verteilungsfragen und Gerechtigkeit

Zweifel säen: Nicht so schlimm mit der Ungleichheit, oder unabänderbar?

Beise geht dann näher auf Punkt (2) ein. Da sei die Sache ja komplex, Studien kämen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Die Zunahme der Ungleichheit sei am besten belegt bei den Vermögen. Bei den Einkommen sei das viel umstrittener.

Ohne abschließend über Punkt (2) zu urteilen, geht er dann auf die Ursachen des Ungleichheitstrends bei den Einkommen ein, über den er sich eigentlich gar nicht sicher war. Erklärung für diese – Beise zufolge möglicherweise gar nicht existierende – Ungleichheitszunahme sei nicht die Politik, sondern „die Globalisierung, die technische und wirtschaftliche Entwicklung und andere Faktoren“.

Wenn Politik keinen Einfluss haben soll auf „die Globalisierung, die technische und wirtschaftliche Entwicklung und andere Faktoren“, worauf eigentlich überhaupt noch?

Nicht mit Steuerpolitik „verzetteln“, Chancengleichheit schaffen

Aber das ist hier nicht so wichtig. Denn jetzt folgt eigentlich, worauf es Beise anzukommen scheint: „Es hilft den vielen Armen nicht, den vergleichsweise wenigen Reichen stärker zu Leibe zu rücken.“ In Deutschland fände über das Sozialsystem bereits eine „gewaltige Umverteilung“ statt. „Deswegen wäre es wichtig, sich hier nicht zu verzetteln“.

Denn das eigentliche Gerechtigkeitsproblem liege in der mangelnden Chancengleichheit. Beise klagt – zurecht! – die Ungerechtigkeit an, die darin liege: „Aus der Schicht, in die man geboren wird, gibt es kaum ein Entkommen“. Beise will aber offenbar nicht Gerechtigkeit schaffen, indem man die Schichten auch von der Besteuerungsseite her ändert, sondern lediglich, indem man die Chance auf ein Entkommen daraus ändert. (Um mit Hans-Werner Sinns Worten zuzuspitzen: „Und wenn wirklich die Gefahr besteht, dass die Zahl der Reichen im Verhältnis zur Zahl der Armen zu langsam wächst, ist die beste Medizin, dass man die Aufstiegschancen verbessert. Je mehr Tellerwäscher Millionäre werden, desto kleiner ist das Verteilungsproblem.“, FAZ 11.5.2014).

Bildung, Bildung, Bildung – einfach ganz oft sagen, statt finanzieren

Gründe, so Beise, für die Chancenungleichheit: Vor allem ein zu wenig durchlässiges Schulsystem und eine unzureichende frühkindliche Bildung. Man müsse also kämpfen für Kita-Ausbau, mehr und deutlich besser bezahlte Lehrer und Erzieher, bessere Schulen und „Förderprogramme in ärmeren Stadtvierteln“.

Das klingt alles sehr gut. Aber warum schreibt er dann: Hierfür zu kämpfen sei zielführender als „zähe Debatten über die Wiedererhebung der Vermögensteuer …, höhere Erbschaftsteuern …, oder die Anhebung des Spitzensteuersatzes“ zu führen.

Liegen die Gründe für den schleppenden Kita-Ausbau, für die niedrigen Gehälter bei ErzieherInnen, für die vollen und maroden Klassenzimmer und für den Förderbedarf in ärmeren Stadtvierteln daran, dass Politik und Öffentlichkeit mit „zähen Debatten“ über progressive Steuerpolitik beschäftigt sind – oder könnte es nicht viel mehr sein, dass es in den Punkten nicht voran geht, weil es ein strukturelles Finanzierungsproblem all dieser guten Maßnahmen gibt? Weil die wirtschaftspolitische Debatte, die Beise und Kollegen maßgeblich prägen, permanent davon abrät, genau den Reichtum unserer Gesellschaft heranzuziehen, mit dem wir uns die richtigen und wichtigen Maßenahmen, die ausgerechnet Beise aufzählt, sinnvollerweise finanzieren könnten?

Es ist wirklich verwunderlich: Ein Kernargument gegen umverteilende Politik, die Chancengerechtigkeit herstellen und finanzieren könnte, ist, dass man sich lieber mit Chancengerechtigkeit beschäftigen sollte als mit Umverteilung. Verstehe das, wer wolle.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Chancengerechtigkeit braucht Umverteilung

22. September 2016 · von Julian Bank

Eine Politik der Chancengleichheit wird häufig in Konkurrenz zu Umverteilungspolitik diskutiert. Doch was sind eigentlich gerechte Chancen und wie hängen diese mit Ungleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten zusammen? Zeit, ein paar Dinge zu sortieren und die Verteilungspolitik zurück auf die Tagesordnung zu bringen.

Chancengerechtigkeit und soziale Mobilität sind die Zauberwörter unserer modernen „Leistungsgesellschaft". Die Ungleichheit von Einkommen – so ein verbreitetes Rechtfertigungsmuster – könne sich legitimerweise aus unterschiedlicher Leistung speisen. Entscheidend sei, dass jeder und jede die gleichen Chancen hatte, in eine Position zu gelangen, die mit solchen Einkommensvorteilen einhergeht.

Dabei ist wichtig zu sehen, dass **unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen** zu unterschiedlichen Vorstellungen führen, inwiefern Chancen denn eigentlich *gleich* sein sollten:

- Für manche herrscht bereits Chancengleichheit, wenn **formal gleiche Rechte** für alle gelten.
- Für andere besteht erst Chancengleichheit, wenn tatsächlich **keine Diskriminierung aufgrund bestimmter sozialer Merkmale** stattfindet (beispielsweise wegen des Geschlechts, der sozialen Herkunft, des kulturellen oder religiösen Hintergrunds, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung usw.).
- Für wieder andere herrscht erst Chancengleichheit, wenn Nachteile aus unterschiedlichen Startvoraussetzungen aufgrund des Elternhauses und des sozialen Umfelds ausgeglichen werden konnten.
- Noch andere schließlich wollen erst von Chancengleichheit sprechen, wenn auch **unterschiedliche individuelle Talente und Glück in der „genetischen Lotterie" keine Rolle spielen** beim Zugang zu Vorteilen.

Klingt Chancengerechtigkeit oder Chancengleichheit also vielleicht erst einmal gut, so zeigt sich schnell, dass das **Konzept sehr offen ist** für unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen. Die beiden Begriffe an sich – ohne genauere Erläuterung – sind also angesichts der vielen unterschiedlichen Verständnisse Nullbegriffe.

Harte Wirtschaftsliberale und Konservative geben sich häufig schon mit dem Beharren auf **formal gleichen Rechten** zufrieden: Jeder hätte freien Zugang zu öffentlichen Schulen und Universitäten und könne sich auf jede Stelle bewerben. Wer sich anstrenge, könne alles erreichen. Sehr große Einkommensdifferenzen seien also kein Problem, sofern rein formal allen die Chancen dazu offen gestanden hätten.

Mittlerweile scheint es aber – jenseits des schrillen Getöses der Neuen Rechten – breiter gesellschaftlicher Konsens geworden zu sein, dass auch eine **Diskriminierung** aufgrund bestimmter sozialer Merkmale (wie Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Religion usw.) **nicht akzeptabel** ist, auch wenn es immer wieder Streit darum gibt, wie diese Diskriminierung überwunden werden sollte (durch zähen kulturellen Wandel; durch An-

reize; durch Verbote oder durch positive Förderungsmaßnahmen wie etwa Quoten, auch „affirmative action“ genannt).

Allerdings bezieht sich diese Sichtweise typischerweise auf Diskriminierung zu einem Zeitpunkt – ohne die **Pfadabhängigkeiten** zu berücksichtigen, die ungleiche Chancen zu verschiedenen Zeitpunkten insbesondere in der Bildungs- und Erwerbsbiographie mit sich bringen. Doch schon minimal ungleiche Chancen können sich im Lebensverlauf zu großen Unterschieden in den Verwirklichungschancen einer Person auswachsen, wie der Comic „On a Plate“ des Künstlers Toby Morris auf eindrückliche Weise illustriert.

Ausschnitt aus „Pencilsword #10: On a Plate“ von Toby Morris – der ganze Comic findet sich bei The Wireless. Mit freundlicher Genehmigung des Zeichners

Auch diese „dynamische Perspektive“, die häufig unter dem Schlagwort der **sozialen Mobilität** diskutiert wird, gerät zunehmend in den Blick. Dies zeigen – neben Studien, beispielsweise des DIW – nicht zuletzt auch journalistische Bücher wie Marco Maurers „Du bleibst was Du bist“ oder die unausgesprochene Ungleichheits-Trilogie der Autorin Julia Friedrichs („Gestatten Elite“, „Deutschland Dritter Klasse“ und „Wir Erben“) – mit dem klaren Befund, dass die Beharrungskräfte zwischen den Klassen viel ausgeprägter seien als häufig angenommen.

Viel zu lange schon hat sich der **wirtschaftsliberale Mythos einer Gesellschaft ausgeprägter Chancengleichheit** gehalten – vielleicht genährt durch eine Mischung aus tatsächlich weitgehender *formaler* Chancengleichheit und einem Optimismus, der sich aus der Phase der Bildungsexpansion insbesondere seit den 1970er Jahren speist, kombiniert mit Geschichten von erfreulichen Einzelfällen eines sozialen Aufstiegs, die es natürlich immer gibt.

Doch diese schöne Illusion ist mittlerweile weitgehend dekonstruiert. Was **im Einzelfall zwar möglich** ist, **bleibt statistisch unwahrscheinlich**. So schreibt gar der wirtschaftsliberale SZ-Ressortchef Wirtschaft, Marc Beise, dass es um die Chancengleichheit in Deutschland „tatsächlich deutlich schlechter bestellt ist als in vergleichbaren Industriestaaten.“ Und er fügt hinzu: „Und sie ist nun wirklich ungerecht: Aus der Schicht, in die man geboren wird, gibt es kaum ein Entkommen.“ Ähnlich schreibt der DIW-Chef Marcel Fratzscher in seinem neuen Buch „Verteilungskampf“:

> *Die größte Schwäche und das größte Scheitern der deutschen Politik und Gesellschaft aber ist es, dass wir es nicht schaffen, eine bessere Chancengleichheit für die Menschen zu gewährleisten. Die hohe Ungleichheit der Chancen hindert viele Menschen in Deutschland daran, ihre Fähigkeiten voll zu entwickeln und den größtmöglichen Nutzen aus ihnen zu ziehen – zu ihrem eigenen Wohl und zum Wohl unserer Gesellschaft.*
>
> — Marcel Fratzscher, Verteilungskampf (2016), S. 16

Es ist gut, dass die skandalöse Ungleichheit der Chancen für Menschen aus einkommensschwächeren Schichten und mit bestimmten sozialen Merkmalen endlich offensiv thematisiert wird. Und es ist wichtig sich ihrer vielschichtigen Ursachen anzunehmen.

Chancengleichheitspolitik versus Umverteilungspolitik?

Doch in einer zentralen Frage wird ausgerechnet dies häufig durch einen problematischen Kurzschluss unterlaufen. Eine **Politik der Chancengleichheit**, die auf eine höhere soziale Mobilität und Aufstiegschancen abzielt, wird **in Konkurrenz diskutiert** **zu einer Politik der Umverteilung**, die darauf abzielt, dass die materiellen Lebensumstände gar nicht erst so weit auseinander driften. Ein Beispiel liefert Marc Beise: Er schreibt bezeichnenderweise,

man solle sich um Chancengleichheit kümmern, statt sich mit Umverteilungspolitik „zu verzetteln".

Und es ist ja auch **eine verlockende Vorstellung**: Wenn Chancengleichheit in einem noch weitergehenderen Sinne als die „formale" oder die „diskriminierungsfreie" Sicht herrschte, dann würden Einkommensvorteile als deutlich weniger ungerecht erscheinen. Sie wären dann lediglich Ergebnis von „Geschmacksunterschieden" verschiedener Lebensmodelle und nicht Folge von Merkmalen eines Menschen, auf die dieser keinen Einfluss hatte. Wozu also noch umverteilen?

Genau hier jedoch greift die Idee einer Chancengleichheitspolitik ohne Umverteilungspolitik zu kurz. Einen Grund dafür benennt der renommierte Ungleichheitsforscher **Tony Atkinson**. Er weist auf den **engen Zusammenhang zwischen Verteilungsergebnissen und sozialer Mobilität** hin:

> *Finally, the third reason for concern about inequality of outcome is that it directly affects equality of opportunity – for the next generation. Today's ex-post outcomes shape tomorrow's ex ante playing field: the beneficiaries of inequality of outcome today can transmit an unfair advantage to their children tomorrow. … If we are concerned about equality of opportunity tomorrow, we need to be concerned about inequality of outcome today.*
>
> — Anthony Atkinson, Inequality. What Can Be Done? (2015), S. 11

Mit anderen Worten: beides, *Vorteile* und *Chancen auf Vorteile* sind aus einer Perspektive die **mehrere Generationen** in den Blick nimmt endogen, sie können also nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Die Vorteile einer Generation bedingen die Chancen auf Vorteile der nächsten Generation. Selbst bei gleichen Chancen zu einem Zeitpunkt haben wir bei ausgeprägter Ungleichheit spätestens in der nächsten Generation wieder ungleiche Chancen.

Wenn Elli und Frida gleiche Chancen auf unterschiedliche Lebenseinkommen haben, es im Laufe ihres Lebens jedoch zu den (primär unproblematisch erscheindenden) unterschiedlichen materiellen Verhältnissen kommt, so haben Ellis und Fridas Kinder diese gleichen Chancen nicht mehr. Denn die Vorteile, die Elli gegenüber Frida hat, übertragen sich im Familienalltag durch unterschiedliche Zugänge zu Wohnraum, Kitas, Schulen und dem weiteren Bildungsverlauf, zu Gesundheitsversorgung, Urlaub, Auslandserfahrungen, Kultur usw. usw. auch auf ihre Kinder.

Somit muss aus Sicht von Atkinson eine Politik der Chancengerechtigkeit auch die Verteilungspolitik im engeren Sinne mit einbeziehen. Wäre letztere erfolgreich, wäre Aufstieg immer noch wichtig – aber die Zahl der Sprossen auf der Aufstiegsleiter oder deren Abstand wäre geringer und somit wäre die Bedeutung, welche die materiellen Vorteile für die *Chancen* auf materielle Vorteile hätten, ebenfalls geringer. Chancengleichheitspolitik kann sich also nur im Verbund mit Umverteilungspolitik am eigenen Schopfe aus dem Sumpf ungleicher Chancen ziehen. **Umverteilungspolitik und Chancengleichheitspolitik sind komplementär**, sie gehören sinnvollerweise zusammen.

Das positionale Argument für Chancengleichheit durch Umverteilung

Doch es gibt noch einen weiteren, fundamentaleren Grund, warum es problematisch ist, den Blick auf eine „umverteilungsfreie Chancengleichheitspolitik" zu verengen. Diesen formuliert ausgerechnet **John Goldthorpe** – ein Soziologe, der ähnlich wie sein Kollege aus Oxford, Tony Atkinson, nicht gerade als ein „altbackener Linker" betrachtet werden kann. Dies allein schon weil ein zentraler Beitrag Goldthorpes in der Soziologie eine Klassenanalyse ist, welche die marxistische Zweiteilung in Arbeit und Kapital zugunsten eines Klassenschemas mit sieben, manchmal auch noch feiner aufgegliederten, vom beruflichen Status abhängigen Klassen aufgibt.

In seinem Beitrag im Observer diskutiert Goldthorpe zunächst die massive Bildungsexpansion in Großbritannien in der zweiten

Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diese sei mit einem **goldenen Zeitalter der sozialen Mobilität** einhergegangen, in dem sozialer Aufstieg für viele möglich gewesen sei. Grund für den Erfolg sei vor allem der **strukturelle Wandel** in den Berufsgruppenprofilen gewesen, bei dem „mehr Raum an der Spitze" der Berufsgruppenhierarchie entstanden sei. Aufstieg wurde also möglich, weil *mehr gut bezahlte Jobs* entstanden, nicht weil die gleichen gut bezahlten Jobs nun von mehr Aufsteigern besetzt wurden.

Allerdings hätten diese vorübergehenden Aufstiegsmöglichkeiten durch strukturellen Wandel im goldenen Zeitalter der Mobilität eine Schattenseite: Aus rein mathematischen Gründen habe sich nun das relative Verhältnis derjenigen, die noch aufsteigen könnten zu denen, die nun eher absteigen könnten, **zugunsten von Abstiegsperspektiven gewandelt**. Somit liege auch der tiefere Grund für die schlechte Lage bei der sozialen Mobilität heute nicht in den gewachsenen Beharrungskräften („stickiness") zwischen Klassen – diese Beharrungskräfte seien erstaunlich stabil geblieben – , sondern im strukturellen Wandel der Klassen selbst.

Und hier kommt Goldthorpe auf die Rolle von **Bildung** zu sprechen. Man kann Bildung als „gesellschaftliches Investitionsgut" betrachten, mit dem oben erwähnter Strukturwandel befördert wird. Goldthorpe zufolge erfüllt Bildung jedoch aus einer *individuellen* Perspektive eine ganz andere Funktion: sie ist nicht bloß individuelles „Konsumgut", durch das Menschen lernen und sich entwickeln, sondern sie fungiert auch als „**Investition" in individuelle Arbeitsmarktchancen**. Und in dieser Funktion ist Bildung ein „**positionales Gut**", also ein Gut, dessen Nutzen von der Verfügbarkeit für andere abhängt. Aus einer solchen Sicht hätte ein Abitur aus der Zeit vor der Bildungsexpansion einen viel größeren Wert als eines von heute, selbst wenn man unterstellen würde, dass die gelernten Inhalte und Fähigkeiten identisch wären. Denn wenn die Zahl der Jobs, für die vormals ein Abitur als Qualifikation verlangt wurde, nicht so schnell ansteigt wie die Zahl der Abiturient*innen, dann werden eben zusätzlich andere Auswahlkriterien bei der Jobvergabe angelegt.

Aber Goldthorpes Gedanke geht weiter: eine Politik, die auf Bildung als zentrales Mittel für gesellschaftlichen Aufstieg abziele, ignoriere eine banale **mathematische Notwendigkeit**: abgesehen vom oben erwähnten strukturellen Wandel, der für Aufstieg weniger bedeutend gewordenen zu sein scheint, gelte vor allem dies: mehr Aufwärtsmobilität zwischen den Klassen gehe logisch einher mit einer um **das selbe Maß erhöhten *Abwärtsmobilität***. Deswegen ist Hans-Werner Sinns Plädoyer, dass zur Bekämpfung der Ungleichheit mehr Tellerwäscher Millionäre werden sollten, auch so zynisch. Denn bei begrenzt möglichem strukturellem Wandel heißt das, dass Mobilität zwischen Klassen nur erreicht werden könnte, wenn auch mehr Millionäre absteigen und irgendwer in die Fußstapfen der Tellerwäscher steigt.

Die psychologische Asymmetrie von Aufstiegsmotivation und Verlustaversion

Und hier macht Goldthorpe einen wichtigen Punkt: denn er betont, dass dieser mathematischen Symmetrie eine „**psychologische Asymmetrie**" entgegenstehe. Die **Verlustaversion** sei größer als die ihr gegenüberstehende Aufstiegsmotivation. Man könne davon ausgehen, dass diejenigen, die sich durch die Mobilität anderer in ihren privilegierten Positionen bedroht sähen, große Ressourcen einsetzen würden und könnten, um ihre Privilegien zu verteidigen:

> *But, as against this mathematical symmetry, there is a psychological asymmetry. There are grounds for believing, consistent with the psychological theory of loss aversion, that parents and their children are yet more concerned to avoid downward mobility than they are to achieve upward mobility. Thus parents in more advantaged class positions will respond to any expansion or reform of the educational system by using superior resources – economic, cultural and social – to help their children retain a competitive edge in the system and in turn in the labour market. It is this coming together of the*

> *strong motivation to avoid déclassement and the usually adequate means for doing so that is the source of the powerful resistance to change.*
>
> — John Goldthorpe, *The Observer* 13.2.2016

Goldthorpe schließt daraus, dass die Möglichkeiten von Bildungspolitik allein zur Erhöhung der Mobilität zwischen Klassen begrenzt seien. Und deswegen müsse, ganz ähnlich wie Atkinson es fordert, die **tiefere Ursache der Ungleichheit von Mobilitätschancen** bekämpft werden – die Ungleichheit von **Ressourcen** verschiedenster Dimensionen:

> *The basic source of inequality of educational opportunity lies in the inequality of condition – the inequality in resources of various kinds – that exists among families from different class backgrounds. And it is this inequality of condition that will have to be addressed.*
>
> — John Goldthorpe, *The Observer* 13.2.2016

Und wenn weniger die Durchlässigkeit zwischen Klassen, sondern die gesamte Klassenstruktur das Ziel von „Mobilitätspolitik" sein solle, dann müsse darüber hinaus **in soziale und ökonomische Entwicklung investiert** werden, um „top-end" Jobs zu schaffen. Sinnvoll seien Investitionen in eine **moderne und ökologische Infrastruktur**, der Ausbau und die Verbesserung **öffentlicher Dienstleistungen** und mehr Investitionen in **Forschung und Entwicklung**. Wie übrigens könnte man diese am besten finanzieren? Mit einer besonderen Beteiligung der stärksten Schultern, Umverteilung also.

Zusammenfassung

Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit sind zunächst hohle Konzepte, wenn nicht näher spezifiziert wird, in welcher Hinsicht Chancen gleich sein sollen. In Deutschland wird zunehmend anerkannt, dass nicht nur Diskriminierung aufgrund bestimmter sozialer Merkmale, sondern auch die sich aufsummierenden kleinen Unterschiede in den Chancen über den Lebensverlauf zu einem fundamentalen Problem für die Gleichheit von Chancen geworden sind. Mittlerweile ist vielen klar, dass trotz einzelner Aufstiegserfolge für die meisten Menschen gilt, dass sie in der gesellschaftlichen Klasse verharren, in die sie geboren wurden.

Es ist erfreulich, dass in der politischen Debatte zunehmend die Notwendigkeit von Maßnahmen für eine „echte" und nicht nur formale Chancengleichheit anerkannt wird. Doch dabei ist es problematisch, dass sinnvolle **Politikmaßnahmen hier immer noch in Konkurrenz zu einer umverteilenden Politik** diskutiert werden, die gezielt den Abstand zwischen den Einkommen – sowohl bei den Löhnen, als auch bei den verfügbaren Haushaltseinkommen oder indirekt über gute, progressiv finanzierte öffentliche Dienstleistungen – in den Blick nimmt.

Zum einen, so **Tony Atkinson**, seien bei einer Betrachtung über die Generationen die **Ressourcenvorteile der einen Generation die Chancenvorteile auf Ressourcenvorteile der nächsten Generation**. Deswegen sei eine Reduzierung der Ungleichheit so elementar auch für eine Politik, der gleiche Chancen auf – geringer ausgeprägte – Vorteile wichtig sind.

Und zum anderen, so **John Goldthorpe**, dürfe man bezüglich sozialer Mobilität zweierlei nicht vergessen. Erstens bedeute eine höhere Durchlässigkeit zwischen Klassen neben gestiegener Aufwärtsmobilität auch **gestiegene Abwärtsmobilität im gleichen Maße**. Und zweitens habe **Bildung eine wichtige positionale Dimension**, weil es als Investition in Arbeitsmarktchancen fungiere. Deswegen müsse man mit Widerständen von Helikopter-Eltern rechnen, die den Abstieg ihres eigenen Sprosses mit allen Mitteln zu verhindern suchten, wenn andere in umkämpfte Positionen drängten. Auch deswegen müsse Chancengleichheitspolitik die Ungleichheit in der Verteilung mit angehen, um den Druck aus dem Kessel der Klassengesellschaft zu nehmen.

Am Ende wäre mit einer Politik der Chancengerechtigkeit auch durch Umverteilung allen gedient. Denjenigen, aus deren sozialen Lagen der Aufstieg endlich leichter* fiele. Und denje-

nigen, deren Privilegien dank geringerer Fallhöhe auch ohne Abstiegsängste genießbar würden.

** leichter wohlgemerkt, nicht genauso leicht, denn natürlich kann Umverteilung nur notwendige und nicht hinreichende Bedingung für Chancengleichheit sein. Viele andere Faktoren, wie die oben genannte Diskriminierung, die „feinen Unterschiede" zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus und die unterschiedlichen Zugänge zu Informationen, Netzwerken, Bildung usw. bleiben natürlich Hindernisse zu einer kompletten Chancengleichheit. Aber das ändert nichts daran, dass Umverteilung, so das Argument dieses Artikels, eine wichtige notwendige Bedingung für Chancengleichheit ist.*

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Megathema Ungleichheit

Megathema Ungleichheit – aber nicht in Deutschland

18. September 2015 · von Julian Bank

Nach der Londoner LSE folgt nun auch die Wirtschaftsuni Wien mit der Gründung eines Ungleichheitsinstituts. In Deutschland dagegen behaupten führende Ökonomen, das Thema Ungleichheit sei ein Hype.

Während das Thema Ungleichheit aus den internationalen ökonomischen Debatten kaum noch wegzudenken scheint, wird es von vielen Ökonomen in Deutschland noch vehement zurückgewiesen, obwohl auch hier die Ungleichheit der Einkommen stark zugenommen hat und die Vermögensungleichheit auf einem extremen Niveau liegt.

Megathema Ungleichheit

Heute wird an der Wiener Wirtschaftsuniversität feierlich ein Institut für „Economics of Inequality" eröffnet. Bereits vor ein paar Monaten hatte die Londoner LSE ein Ungleichheitsinstitut gegründet. Spätestens seit dem Welterfolg von Thomas Pikettys Ungleichheitsbuch Das Kapital im 21. Jahrhundert wird ökonomische Ungleichheit international auch in den Wirtschaftswissenschaften wieder zunehmend ernst genommen.

Die Ökonomen internationaler Institutionen haben das Thema ebenfalls ganz vorn auf die Tagesordnung gebracht: Im Mai und Juni veröffentlichten die OECD und der Internationale Währungsfonds (IWF) jeweils Studien zur Ungleichheit, in denen sie den Schaden der wachsenden Einkommensungleichheit für das Wirtschaftswachstum thematisieren.

Derweil in einem kleinen akademischen Dorf in Europa…

Angesichts dieser Entwicklungen ist es verstörend, die Berichte von der jüngsten Jahrestagung der größten deutschen Ökonomenvereinigung, des Vereins für Socialpolitik, zu lesen. In einem FAZ-Bericht von einer Podiumsdiskussion zwischen den Chefs großer deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute heißt es zusammenfassend, die Ungleichheit sei ein „gehyptes Problem".

Die Teilnehmer der Podiumsdiskusison scheinen sich in Bezug auf Deutschland einig: „Ein großes Problem ist die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen nicht" wird Christoph Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates und Chef des Rheinisch-Westfälischen Instituts (RWI), zitiert.

Hans-Werner Sinn lobt die Politik der Agenda 2010, weil sie gezielt die Ungleichheit

gefördert hätte und der „Wirtschaftsweise“ Lars Feld vom Freiburger Walter Eucken Institut pflichtet mit dem wohlbekannten Slogan der FDP bei, sozial sei, was Arbeit schaffe.

Es mag ja auf den ersten Blick sympathisch erscheinen, wenn man sich Modethemen wie ein Gallier bei Asterix und Obelix widersetzt und sich treu bleibt. Hier jedoch drängt sich die Frage auf, ob dem Thema Ungleichheit wirklich eine Offenheit für sachliche Argumente entgegengebracht wird, oder ob es nicht vielmehr darum geht, eine bestimmte ideologische, mit konkreten Interessen verbundene Position nicht räumen zu müssen: ein Wirtschaftsliberalismus, der seit Jahrzehnten „Trickle-Down“ propagiert, aber nichts anderes tut, als die Zunahme der Ungleichheit politisch zu legitimieren und durch wirtschaftspolitische Beratung zu befördern.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

LSE erhält Megaspende für Thema Ungleichheit

13. Juni 2016 · von Julian Bank

Ein Jahr nach der Gründung eines eigenen Ungleichheits-Instituts verkündet die London School of Economics (LSE) nun die größte Spende ihrer Geschichte. In den nächsten 20 Jahren sollen 600 sogenannte Atlantic Fellows zum Thema Ungleichheit unter dem Dach der LSE zusammenkommen. Die Spende im Umfang von rund 65 Mio. Pfund kommt von der Stiftung Atlantic Philantropies – und sie wirft grundlegende Demokratie-Fragen auf.

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle über die Gründung eines eigenen **Ungleichheitsinstituts an der London School of Economics (LSE)** berichtet. Eine Stiftung hatte 1 Mio. Pfund zur Verfügung gestellt um Doktorandenstipendien und einen eigenen Ungleichheits-Master-Studiengang unter dem Dach des neuen International Inequalities Institute der LSE zu schaffen. Der Ungleichheitsforscher Thomas Piketty konnte als Gastprofessor gewonnen werden.

Jetzt vermeldet der Co-Direktor des LSE-Ungleichheits-Instituts, Mike Savage, eine spektakuläre Neuigkeit: Unter dem Dach des Instituts wird nun ein sogenanntes **Atlantic-Fellows-Programm** geschaffen, bei dem für sage und schreibe 64,4 Mio. Pfund (rund 80 Mio. Euro) über die nächsten 20 Jahre 600 Fellowships finanziert werden sollen.

Die größte Spende in der Geschichte der LSE

Die **Fellowships** sollen international vergeben werden, an Menschen unter anderem aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik, Medien und Kultur, die zum Thema Ungleichheit arbeiten. Fellows nehmen an Programmen der LSE teil – vollzeit oder berufsbegleitend -, und sie erhalten Mentoring von Wissenschaftler*innen der LSE und aus Partnerorganisationen der Zivilgesellschaft. Ziel sei es, ein globales Netzwerk von Aktiven in Führungspositionen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen

aufzubauen, die ein Verständnis für die „multidimensionale Herausforderung“ der Ungleichheit auszeichne.

Mit knapp 65 Millionen Pfund handelt es sich um die größte Spende, die die LSE in ihrer Geschichte erhalten hat.

Ein globales Netzwerk für „Systemic Change“

Das Geld stammt von der Stiftung **Atlantic Philantropies**, die von dem Irisch-Amerikanischen Unternehmer Chuck Feeney gegründet wurde. Die Stiftung gilt als gesellschaftlich liberale Stiftung und wird in der New York Times in politischer Nähe zu anderen großen „liberalen“ US-Stiftungen wie der Open Society Foundation von George Soros und der Ford Foundation verortet.

Die Stiftung hat mit 7,5 Mrd. Dollar bereits einen Großteil ihrer Mittel verausgabt. Nun sollen bis 2020 die verbleibenden Mittel ausgegeben werden. Folgende Ziele verfolgt die Stiftung dabei nach eigenen Angaben:

> *In total, The Atlantic Philanthropies will invest more than $600 million over the next two decades in building a global network of thousands of Atlantic Fellows, and the institutions that support and nurture them. This substantial investment is not only the foundation's biggest bet ever, but a final promise to dedicate our remaining resources to supporting people with the courage, conviction and capacity to produce systemic change that promotes fairness, opportunity, dignity and inclusion, benefiting particularly those who face unfair disadvantages and vulnerabilities.*
>
> — *Atlantic Philantropies*

Aus demokratischer Sicht ein fundamentales Problem

An der großen Spende wird deutlich, dass **einzelne Vermögende ein zentrales Gewicht als globale Agenda-Setter** spielen können. Zwar kann Geld allein nicht immer ein Thema groß machen – und auch ohne großes Geld wurde das Thema Ungleichheit mit der Occupy-Bewegung und spätestens mit dem fulminanten Erfolg von Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ in den USA ein globales Megathema.

Dennoch kann erst durch eine derart umfangreiche Finanzierung die nötige breit angelegte Forschung und der wertvolle Raum für Austausch zwischen Mulitiplikator*innen geschaffen werden, die das Thema dauerhaft auf der Tagesordnung halten dürften. Aus einer demokratischen Sicht, wonach das **Prinzip gleicher politischer Teilhabe** von fundamentaler Bedeutung ist, sind solche Ungleichgewichte in den Chancen, ein Thema stark zu machen oder nicht, ein Skandal.

Der Co-Direktor des LSE-Ungleichheits-Instituts, Mike Savage, erkennt dieses Problem auch an. Er schreibt:

> *It is worth pausing to consider the significance of this donation, especially noting the concerns raised about the power of philanthropic giving in academic life (as brilliantly exposed by Linsey McGoey recently, especially with respect to the Gates Foundation). There are plenty of dilemmas too, most notably in becoming embedded into the philanthropic embrace, itself part and parcel of the rise of super wealthy fortunes which should surely worry those concerned with inequalities. This is taking sociology out of its comfort zone and onto a very different terrain.*
>
> — *Mike Savage*

Sinnvolle strategische Notlösung? Privilegien nutzen um Privilegien abzubauen

Es ist erfreulich, dass die Direktoren des LSE Ungleichheits-Instituts, die nun zentral an der Verwendung der Gelder beteiligt sind, offenbar ein kritisches Bewusstsein für dieses Problem haben. Und immerhin ließe sich hier argumentieren, dass die Mittel dafür verwendet werden könnten, die Privilegien mit denen sie einhergehen, perspektivisch abzuschaffen. Und strategisch gesehen: In einer Welt ungleicher Ressourcen dienen sie dazu, die Stimme derjenigen, die solche Privilegien aufrecht erhalten wollen, relativ zu schwächen.

Dennoch kann langfristig nur das Ziel sein, dass demokratisch darüber entschieden wird und aufgrund entsprechender finanzieller Spielräume auch entschieden werden kann, ob Universitäten ausreichend ausgestattet sind, um gesellschaftliche Großthemen angemessen zu bearbeiten. Und dass sie dabei unabhängig agieren können und nicht nach dem Gusto einzelner Reicher.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Neue Debatte um Vermögensungleichheit und Vermögensteuer

27. Januar 2016 · von Julian Bank

Neue Daten zur Ungleichheit der Vermögen weltweit und in Deutschland machen die Runde: 62 Menschen besitzen so viel wie die Hälfte der Menschheit; in Deutschland gehören – je nach Datengrundlage – den reichsten 10 Prozent bis zu drei Viertel der Vermögen. Auch deshalb wird wieder zunehmend über eine Wiedereinführung der Vermögensteuer diskutiert. Eine maßvolle Besteuerung der Vermögen der reichsten 1 Prozent könnte ein Steueraufkommen von 10-20 Mrd. bringen

Vergangene Woche meldete Oxfam, dass ihren Berechnungen zufolge das Vermögen der weltweit reichsten 62 Einzelpersonen (!) dem Gesamtvermögen der ärmsten Hälfte der Weltbevölkerung entspricht. Das Vermögen dieser 62 Personen sei in den vergangenen fünf Jahren um 45% gewachsen, während das Vermögen der ärmsten Hälfte um 38% gesunken sei.

Das Problem der massiven Ungleichheit könne nun selbst beim Weltwirtschaftsforum in Davos nicht mehr ignoriert werden:

Ein zentrales Problem, so Oxfam, sind die gigantischen Vermögenswerte, die in Steueroasen schlummern: 7,2 Billionen Dollar, schätzt der Ungleichheitsforscher Gabriel Zucman, entziehen sich dort der Besteuerung, ein jährlicher Steuerverlust von schätzungsweise 190 Milliarden Dollar.

Debatte um die Vermögensungleichheit in Deutschland

Diese Woche war nun auch die Vermögensungleichheit in Deutschland Thema in den Medien. Dienstag titelte die Süddeutsche Zeitung mit neuen Vermögensdaten, wonach die reichsten 10 Prozent rund 52% der Vermögen besitzen würden:

Süddeutsche Zeitung vom 26.1.2016

Heute legte sie nach, mit einem Bericht, der sich auf Schätzungen aus dem vergangenen Jahr bezog, wonach diese 10 Prozent sogar auf 63-74% der Gesamtvermögen kommen dürften.

Probleme bei den Ungleichheitsdaten

Der Unterschied in den zwei SZ-Berichten ergibt sich aus den Unterschieden in der Messmethode und den Datengrundlagen:

- Die 52%-Schätzung für die Vermögen der reichsten Dezile (Top 10%) resultiert aus der **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe** (EVS), einer Befragung von 60.000 zufällig ausgewählten Haushalten durch das Statistische Bundesamt. Zwar werden hier relativ viele Haushalte erfasst, aber die Umfrage ist nicht nur freiwillig; wer mehr als 18.000 Euro monatlich verdient fällt hier gleich raus – die ganz Einkommensstarken (typischerweise aufgrund hoher Kapitalerträge auch die ganz Vermögenden) sind also gar nicht erfasst.

- Die 63-74%-Schätzung für die Vermögen der reichsten Dezile hingegen basiert auf Daten des **SOEP**. Dies ist zwar auch eine freiwillige Haushaltsbefragung, bei der die Reichen unterrepräsentiert sind. In der vorliegenden Studie jedoch haben die Autoren die **Forbes-Reichenliste** genutzt, um die Mängel am Datensatz durch Schätzungen zu korrigieren.

In jedem Fall also sind die Vermögen hoch konzentriert; vermutlich besitzen die reichsten zehn Prozent in Deutschland zwei Drittel bis drei Viertel der Vermögen; das reichste Prozent besitzt ca. ein Drittel und allein das reichste 0,1 Prozent kommt auf ca. 15 Prozent der Vermögen.

Auch im internationalen Vergleich (PDF) ist die Vermögenskonzentration in Deutschland sehr hoch – wobei aufgrund unterschiedlicher Vermögenskonzepte und Alterssicherungssysteme Vorsicht bei solchen Vergleichen geboten ist.

Ziehe zurück auf: Vermögensteuer

Nachdem eine Wiedereinführung der Vermögensteuer nach der Bundestagswahl 2013 vorübergehend für politisch „tot“ erklärt wurde – namentlich vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel bei einer Begegnung mit Thomas Piketty -, wird diese 1997 abgeschaffte Steuer nun wieder zunehmend diskutiert.

Debatte um Daten zur Ungleichheit

Generell gibt es derzeit eine Debatte (siehe z.B. hier und hier, jeweils PDF) um die Frage, wie Ungleichheitsdaten verbessert werden können.

So schlagen Forscher vom Mannheimer ZEW und dem gewerkschaftsnahen IMK vor, administrative Daten wie das Tax-Payer-Panel (TPP) besser mit anderen Ungleichheitsdaten zu verzahnen, etwa auch durch eine Verknüpfung von Steuerdaten mit Daten des **Mikrozensus** oder der **Bundesagentur für Arbeit**, um das Problem einer Untererfassung bei den Reichen beim SOEP – der vermutlich wichtigsten sozialwissenschaftlichen Datenbasis in Deutschland – zu überwinden. Das Forscherteam hatte aufgezeigt, dass die jüngste Ungleichheitsentwicklung bei den Einkommen vermutlich unterschätzt wird, wenn man die Erholung der Kapitaleinkommen seit der Finanzkrise besser erfasst.

Wissenschaftler des DIW und der FU Berlin hatten in ihrer Replik (PDF) zugleich auf Schwierigkeiten in der Vergleichbarkeit der Daten hingewiesen: neben der unterschiedlichen Grundgesamtheit, auf die sich die Daten bezögen, seien auch die unterschiedlichen Einkommenskonzepte und Bezugsgrößen wie Haushalte statt Einzelpersonen nicht direkt vergleichbar.

Eine weitere Möglichkeit, die Datenlage zu verbessern, wäre ein steuerpolitischer Kursschwenk: eine Wiederabschaffung der **Abgeltungsteuer** und eine Wiedereinführung der **Vermögensteuer** – und läge sie auch bei Null oder nahe Null Prozent. So könnte die Datenbasis über die Konzentration von Vermögen und Kapitalerträgen verbessert werden. Bei der Abgeltungssteuer sperrt sich die CSU allerdings weiterhin. Die Vermögensteuer galt nach der Bundestagswahl 2013 als politisch tot und wird erst langsam wiederentdeckt (s.u.).

Heute veröffentlichte das DIW in seinem neusten Wochenbericht eine Schätzung, wie hoch das Steueraufkommen mit einer sehr moderaten Wiedereinführung mit großen Freibeträgen wäre: Bei einer Belastung, die praktisch nur das reichste 1 Prozent und vor allem das reichste 0,1 Prozent der Vermögenden träfe, könnten jährlich 10-20 Mrd. Euro Steueraufkommen erzielt werden.

Vermutlich würde dieser Betrag bei einem noch konsequenteren Vorgehen gegen Steuerflucht noch erhöht werden: weil dann Ausweichreaktionen der Reichen unwahrscheinlicher würden.

Die hohe Ungleichheit bei den Vermögen ist also kein Naturphänomen. Sie hängt ab von politischen Entscheidungen dafür oder dagegen.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Debatte um Ungleichheitsdaten

21. September 2016 · von Julian Bank

Ein Monitorbericht hat die Debatte um die Datenlage zur Ungleichheit in dieser Sommerpause neu angeheizt. Monitor berichtete über Daten der Unternehmensberatung Kienbaum, die darauf hinweisen, dass der Anstieg der Einkommensungleichheit in den letzten Jahren in den Daten des Soziolökonomischen Panels (SOEP) unterschätzt wird. Die Daten des SOEP werden unter anderem im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verwendet.

Anlässlich des Monitor-Beitrags berichteten auch andere Medien, darunter die Aktuelle Stunde (WDR) und WDR 5 Politikum, bei denen ich jeweils zu Wort gekommen bin.

Hier kann mein Politikum-Interview auf WDR 5 nachgehört werden, in dem ich argumentiere, dass die Datenprobleme auch ein Demokratie-Problem darstellen:

Und hier findet sich der Bericht der Aktuellen Stunde (14.7.2016):

[Auf Verteilungsfrage.org öffnen / teilen]

Piketty und Vermögensungleichheit: Leerstelle in der wirtschaftspolitischen Debatte?

18. Oktober 2016 · von Julian Bank

In Deutschland wird viel über Ungleichheit geredet. Aber wie? – In einem kürzlich erschienenen Beitrag in der Zeitschrift Ethik und Gesellschaft zeichne ich nach, wie verzerrt und einseitig die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland um das Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert" von Thomas Piketty war. Und das obwohl Pikettys Buch einen Meilenstein in der Ungleichheitsforschung und -debatte darstellt.

Der Artikel

- fasst wichtige Eckdaten zur Vermögensungleichheit in Deutschland zusammen
- ordnet das Werk von Piketty und den Autor selbst ein
- fasst **wesentliche Beiträge des Buchs** zusammen (empirisch, theoretisch und hinsichtlich der Politikempfehlungen)
- und analysiert in Anlehnung an einen älteren Beitrag die **deutsche Piketty-Rezeption** im Jahr 2014

Julian Bank

Leerstelle in der wirtschaftspolitischen Debatte? Die Piketty-Rezeption und Vermögensungleichheit in Deutschland

Im Fazit stelle ich ein paar weiterführende Überlegungen zur Rolle von Wirtschaftswissenschaft, Medien, Parteien und Interessengruppen für die wirtschaftspolitische Ungleichheitsdebatte an, die sich aus der vorangehenden Diskussion ergeben.

Hier geht es zum Volltext des Artikels →

[Auf Verteilungsfrage.org öffnen / teilen]

IWF–Studie: Schwächung von Gewerkschaften verschärft Ungleichheit

30. September 2015 · von Julian Bank

Eine IWF-Studie rückt endlich auch die Bedeutung von Gewerkschaften für die Verteilung in den Blick. Der Befund: je schwächer der gewerkschaftliche Organisationsgrad, desto größer die Ungleichheit.

In praktisch allen Industrieländern hat die Einkommensungleichheit seit den 1980er Jahren stark zugelegt. Erklärt wird diese Zunahme häufig – gerade von neoklassisch ausgerichteten Ökonomen – mit dem **technologischen Wandel und der Globalisierung**.

Technologischer Wandel (genauer: so genannter „skill-biased technical change“) drücke die Lohnschere in beide Richtungen auseinander: er begünstige hochqualifizierte Arbeitnehmer, da ihre Fähigkeiten technologisch bedingt noch „wertvoller“ würden, und er setze die Löhne in niedrig qualifizierten Berufen unter Druck, weil ihre Arbeit zunehmend durch Maschinen ersetzt werden könne. Im Zuge von Globalisierung vertiefe sich zudem die globale Arbeitsteilung auch da, wo menschliche Arbeit nicht durch Maschinen sondern durch schlechter bezahlte Menschen ersetzt werde.

Institutionelle Faktoren: Steuern, Deregulierung und Gewerkschaften

Als weiterer Grund für die Ungleichheitszunahme werden oft „institutionelle“ Gründe genannt (wobei diese Unterscheidung nicht zu der Fehlannahme verleiten sollte, dass etwa Globalisierung ein Phänomen jenseits politischer Steuerbarkeit sei).

Zu institutionellen Faktoren im engeren Sinne jedenfalls werden beispielsweise Steuersenkungen gezählt, die zunächst einmal die Verteilung der Nachsteuereinkommen betreffen. Doch auch Steuersenkungen können sich auf die sogenannte Primärverteilung auswirken, also Markteinkommen noch vor Steuern beeinflussen: So führte die schrittweise Absenkung von Spitzensteuersätzen in den USA oder Großbritannien – von Sätzen zeitweise über 80 bzw. 90 % in den 1960er und 70er-Jahren auf Werte um die 40% – ziemlich sicher auch zu einem Anstieg von Spitzeneinkommen vor Steuern: Vorher wurden bestimmte Spitzengehälter schlicht nicht gezahlt.

IWF-Studie zur Rolle von Gewerkschaften

Neben Steuerpolitik oder auch der Deregulierung von Arbeitsmärkten und Finanzmärkten rückt aber in letzter Zeit ein weiterer institutioneller Faktor in den Fokus der Ungleichheitserklärungen: Die Rolle von Gewerkschaften. Eine im Juli veröffentlichte Studie des IWF

untersucht den Zusammenhang zwischen Ungleichheitszunahme und gewerkschaftlichem Organisationsgrad im internationalen Vergleich. Ihr Befund: Es besteht ein enger statistischer Zusammenhang zwischen beiden Merkmalen – je höher der gewerkschaftliche Organisationsgrad, also die Zahl an Gewerkschaftsmitgliedern relativ zur Arbeinehmer/innenschaft, desto niedriger die Ungleichheit in einem Land.

Die Autorinnen Florence Jaumotte und Carolina Osorio Buitron schauten sich Daten von 20 Ländern im Zeitraum von 1980 und 2010 an. Dabei setzten sie den gewerkschaftlichem Organisationsgrad („Union Density“) sowohl in Zusammenhang zum Gini-Koeffizienten, als auch zu den Anteilen von Spitzeneinkommen der obersten 10 Prozent. Dabei berücksichtigten sie auch den möglichen Einfluss von anderen Faktoren wie Globalisierung und technologischem Wandel.

Starker Zusammenhang bei den Spitzeneinkommen

Interessanterweise war der Zusammenhang zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und Ungleichheitszunahme nicht nur beim Gini messbar, sondern ausgerechnet bei den Spitzeneinkommen besonders stark ausgeprägt. Dies werten die Autorinnen als überraschenden Befund, weil häufig angenommen wird, dass Gewerkschaften vor allem auf die Löhne in den mittleren und unteren Einkommensgruppen einwirken und mit den Spitzeneinkommen weniger zu tun haben. Die Autorinnen leiten daraus ab, dass die Kanäle, über die sich schwächer organisierte Gewerkschaften in größerer Ungleichheit niederschlagen, tatsächlich einiges mit den Spitzenverdienern zu tun haben dürften.

Zum einen könnte dies daran liegen, dass der schwächere Organisationsgrad von Gewerkschaften den **wachsenden Anteil der Kapitaleinkommen** an der Wertschöpfung mit ermöglicht hat. Kapitaleinkommen konzentrieren sich stark bei den oberen Einkommensbeziehern.

Darüber hinaus wird bei schwächeren Gewerkschaften der **Einfluss auf Unternehmenspolitik schwächer** und damit nicht zuletzt der Einfluss auf Entscheidungen über die Gehälter der Führungsebene von Unternehmen relativ zu denen der unteren Ebenen. Salopp gesagt: schwächere Gewerkschaften vereinfachen den Gehälterklüngel in den oberen Etagen der Unternehmen.

IWF-Ökonominnen empfehlen Stärkung von Gewerkschaften und Re-Regulierung

Wie immer bei solchen empirischen Untersuchungen ist es wichtig zu betonen, dass eine *kausale* Interpretation nie endgültig bestätigt werden kann. Es ist schwer herauszufinden, ob nicht auch größere Ungleichheit Gewerkschaften schwächt, oder ob es – neben den untersuchten Aspekten wie Globalisierung und technologischem Wandel – weitere Faktoren gibt, die sowohl eine Schwächung von Gewerkschaften, als auch die Ungleichheitszunahme bewirken.

Aufgrund einer Reihe von sogenannten Robustheits-Checks ist der empirische Befund jedoch deutlicher denn je. Und so wagen sich die IWF-Ökonominnen für den IWF erstaunlich weit hervor und schlussfolgern: Insgesamt dürfte ein höherer Organisationsgrad von Gewerkschaften die Einkommensungleichheit reduzieren. Allerdings fügen sie einschränkend hinzu, dass es auf lokale Gegebenheiten und die konkrete Ausrichtung von Gewerkschaften ankomme, ob dieser Effekt zu erwarten wäre oder nicht. Wenn Gewerkschaften zulasten nicht organisierter Teile der Arbeitnehmerschaft verhandelten, könnte dies auch zu größerer Ungleichheit beitragen.

Die Autorinnen empfehlen neben einer Stärkung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads auch flankierende Maßnahmen im Bereich der Einkommensbesteuerung. Zudem sei eine stärkere Regulierung des Finanzsektors wünschenswert, um die durch vorherige Deregulierung entstandenen Exzesse wieder einzudämmen. Bemerkenswerte Töne aus dem Hause IWF.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Soziale Ungleichheit im sozialdemokratischen Musterland Schweden

30. März 2016 · von Frank Bandau

Schweden gilt gemeinhin als Vorbild in Sachen sozialer Gleichheit. Tatsächlich ist im einstigen sozialdemokratischen Musterland jedoch seit den 1980er Jahren ein starker Anstieg der Ungleichheit zu beobachten, der zum Großteil auf politische Entscheidungen zurückgeht. Die lange Zeit regierenden Sozialdemokraten waren hieran maßgeblich beteiligt. Unter der von den Konservativen geführten Allianzregierung (2006-2014) kam es schließlich zu einer weiteren Verschärfung der Ungleichheitspolitik. Ein Gastbeitrag von ***Frank Bandau***

Niedriges Ausgangsniveau, starker Anstieg seit den 1980ern

Wenn Autoren die soziale Ungleichheit in Deutschland anprangern, wird nicht selten Schweden als positives Gegenbeispiel angeführt. Ein genauerer Blick auf die Daten mahnt hier jedoch zur Vorsicht. Zwar ist das skandinavische Land in vielerlei Hinsicht noch immer einer der gleichsten Staaten weltweit, seit den 1980er Jahren lässt sich dort allerdings ein **klarer Anstieg der Einkommensungleichheit** beobachten.

Abbildung 1 verdeutlicht, dass die Zunahme der Ungleichheit in Schweden sogar stärker ausfällt als in anderen Industrieländern. Gemessen am Gini-Koeffizienten nahm die Ungleichheit von Mitte der 1980er Jahre bis Ende der 2000er Jahre um etwa 30 Prozent zu – nur Neuseeland verzeichnete in diesem Zeitraum einen vergleichbaren Anstieg. Den Spitzenplatz als egalitärstes Land der OECD-Welt verlor Schweden damit an den dänischen Nachbarn, der einen deutlich schwächeren Ungleichheitsanstieg zu verzeichnen hatte.

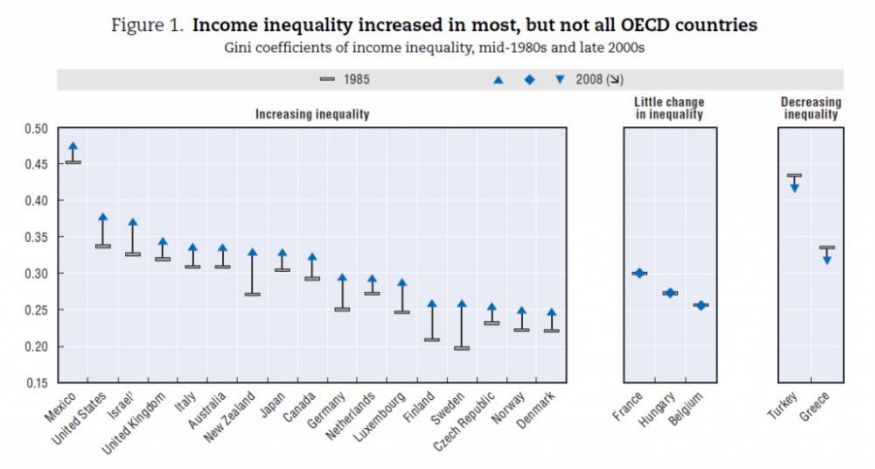
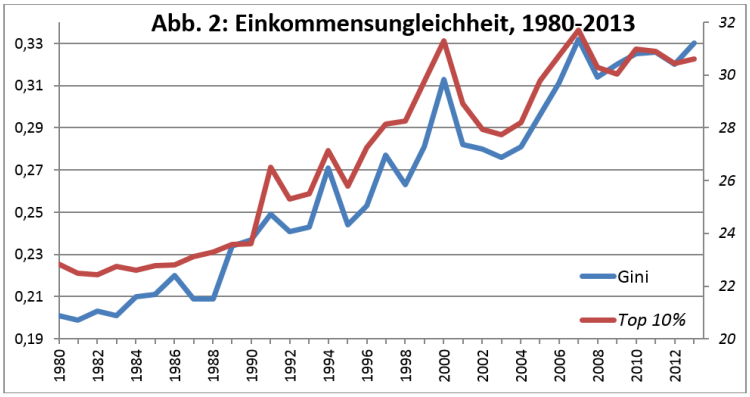


***Abbildung 1**: Zunahme der Ungleichheit in vielen OECD-Staaten seit den 1980ern (Quelle und Copyright: OECD 2011, S. 24)*

Absetzbewegung der wohlhabenden Gesellschaftsschichten

Neuere Befunde zum schwedischen Fall zeigen, dass insbesondere eine **Absetzbewegung der oberen Einkommensgruppen** für den Anstieg verantwortlich ist. Dies wird durch Abbildung 2 bestätigt, welche die Entwicklung seit 1980 nachzeichnet. Die reichsten zehn Prozent

der Bevölkerung konnten ihren Anteil am schwedischen Gesamteinkommen demnach von knapp 23 Prozent in 1980 auf mehr als 30 Prozent in 2013 steigern. Die Bezieher geringer Einkommen wurden dagegen in Schweden lange Zeit nicht so stark abgehängt, wie dies in anderen Ländern der Fall war. Seit Mitte der 2000er verliert diese Gruppe jedoch zunehmend an Boden gegenüber der Mitte der Gesellschaft (siehe unten).



Quellen: Schwedische Statistikbehörde, World Wealth and Income Database

***Erläuterungen**: Der Gini-Koeffizient ist auf der linken Achse, der Anteil der reichsten zehn Prozent am Gesamteinkommen auf der rechten Achse abgetragen. Die Gleichartigkeit der beiden Linien spricht dafür, dass die Zunahme der Ungleichheit eng mit den Einkommenszuwächsen der obersten zehn Prozent verbunden ist.*

Wie ist dieser rasante Anstieg der Ungleichheit im einstigen sozialdemokratischen Musterland zu erklären? Angesichts des außerordentlichen Charakters des Anstiegs erscheinen rein ökonomische Erklärungen wie Globalisierung oder technologischer Wandel wenig überzeugend. Vielmehr legt die Entwicklung den Verdacht nahe, dass **politische Entscheidungen** wesentlich für den starken Ungleichheitsanstieg verantwortlich sind.

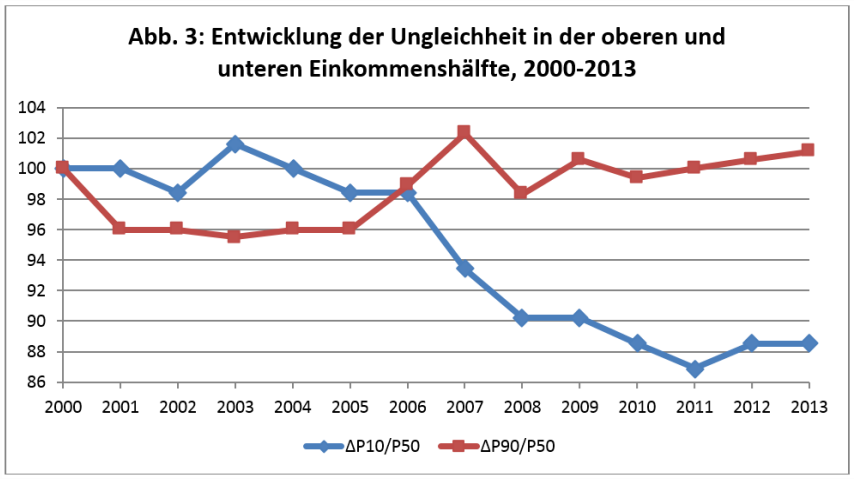
Steuersenkungen und Deregulierung als politische Ursachen

Die wohlhabenden Gesellschaftsmitglieder profitierten seit den 1980er Jahren von einer Reihe politischer Maßnahmen. Erstens erfolgten sowohl unter sozialdemokratischen als auch später unter bürgerlichen Regierungen zahlreiche **Steuersenkungen**, die die Wettbewerbsfähigkeit Schwedens stärken sollten, von denen aber vornehmlich die Reichen profitierten. Den bedeutendsten Einschnitt stellte dabei die Anfang der 1990er Jahre von den Sozialdemokraten durchgeführte **„Steuerreform des Jahrhunderts“** dar. Die bürgerlichen Regierungen führten den von den Sozialdemokraten eingeschlagenen Weg anschließend fort:

- 1990/91: „Steuerreform des Jahrhunderts“
  - Massive Absenkung der Lohnsteuersätze um bis zu 27 Prozentpunkte, d.h. Absenkung des Spitzensteuersatzes auf ca. 50%
  - Pauschale Besteuerung von Kapitaleinkommen mit 30%
  - Absenkung der Körperschaftssteuer von 57% auf 30%
  - Ausweitung und Anhebung der Mehrwertsteuer
- 2005: Abschaffung der Erbschaftssteuer
- 2006: Erleichterung der Versteuerung von Gewinnen als Kapitaleinkommen
- 2007: Einführung von Steuergutschriften auf die Lohnsteuer
- 2007: Abschaffung der Vermögenssteuer
- 2009/13: Senkung der Körperschaftssteuer von 30% auf 26,3% und später 22%

Zweitens profitierten die Wohlhabenden von der **Deregulierung** der lange Zeit streng regulierten **Finanzmärkte**. Das wichtigste Ereignis stellte dabei die vollständige Liberalisierung des Kredit- und Bankenmarktes am 21. November 1985 dar. Die unter den Sozialdemokraten eingeleitete „Novemberrevolution“ bildete den Beginn eines anhaltendenden Booms am schwedischen Aktienmarkt, von dem bis heute

fast ausschließlich die reichsten Gesellschaftsmitglieder profitieren. Die Deregulierung trug außerdem zu einer **schweren Finanzkrise** Anfang der 1990er Jahre bei. Die Kosten dieser Krise wurden, wie inzwischen üblich, auf die Allgemeinheit abgewälzt. Die resultierende Haushaltskrise führte außerdem zur Festschreibung einer strikten Haushaltsdisziplin, was einen dauerhaften Druck auf den Wohlfahrtsstaat erzeugt.



Quelle: Schwedische Statistikbehörde (eigene Berechnung)

***Erläuterungen**: Die Ungleichheitsmaße P10/P50 und P90/P50 geben das Verhältnis des 10. Perzentils (also des Prozents, das reicher ist als 10 Prozent der Gesellschaft) bzw. des 90. Perzentils (also das Prozent, das reicher ist als 90 Prozent der Gesellschaft) zur Mitte der Einkommensverteilung wieder.*

Alle Werte beziehen sich auf das Ausgangsjahr 2000. Die Graphen sagen also nichts über das eigentliche Verhältnis der genannten Gruppen im Vergleich zur Mitte aus, sondern geben Aufschluss darüber, ob sich die beiden Gruppen im Vergleich zum Ausgangswert im Jahre 2000 weiter von der Mitte entfernt haben!

Eine ‚Allianz für Schweden' auf Kosten der sozial Schwachen

Nachdem die Sozialdemokraten seit den 1930er Jahren mit wenigen Unterbrechungen die Regierung gestellt hatten, übernahm von 2006 bis 2014 die aus den vier bürgerlichen Parteien bestehende **‚Allianz für Schweden'** die Regierungsmacht. Das zentrale Wahlversprechen der vom Konservativen **Fredrik Reinfeldt** geführten Allianz bildete die Senkung der Arbeitslosigkeit. Um dieses Versprechen einzulösen, setzte die neue Regierung auf eine auch in Deutschland hinlänglich bekannte Medizin, nämlich die **Stärkung von Arbeitsanreizen**.

Fredrik Reinfeldt (r.) mit Vertretern der ‚Allianz für Schweden' im Wahlkampf 2014 (Quelle: Wikimedia)

Die damit verbundene Politik bestand im Wesentlichen aus zwei Teilen. Zum einen sollten **Steuererleichterungen für Lohnempfänger** die positiven Arbeitsanreize erhöhen, während **Kürzungen** beim Arbeitslosengeld und der aktiven Arbeitsmarktpolitik den Druck auf die Arbeitslosen erhöhen sollten. Die Aushöhlung der Arbeitslosenversicherung hatte zudem eine – letztlich äußerst erfolgreiche – Schwächung der Gewerkschaften zum Ziel, da diese in Schweden traditionell die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung übernehmen.

Während es der Allianzregierung mit dieser Politik in ihren zwei Amtszeiten nicht gelang, die Arbeitslosigkeit merklich zu senken, sind die Auswirkungen auf die **Ungleichheit am unteren Ende der Einkommensskala** unverkennbar. Abbildung 3 verdeutlicht, dass die är-

meren Einkommensschichten nach dem Regierungswechsel 2006 zunehmend den Anschluss an die gesellschaftliche Mitte verloren – eine direkte Folge der bürgerlichen Reformen.

Im Herbst 2014 wurde die bürgerliche Allianz aus dem Amt gewählt. An ihre Stelle trat eine **Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen**. Trotz einer Anhebung des Arbeitslosengeldes und einer anschwellenden Debatte über ein Ende der Sparpolitik konnte die rot-grüne Regierung bisher keinen wirklichen Politikwechsel einleiten. Stattdessen hoffen nicht wenige im bürgerlichen Lager, die schwache Regierung noch vor Ende der Amtszeit zu Fall zu bringen. Dabei setzen sie auf die Hilfe der fremdenfeindlichen (und wirtschaftsliberalen) Schwedendemokraten, deren Erfolg sich wie der vergleichbarer Parteien überall in Europa auf eine wachsende soziale Spaltung gründet. Eine echte **Trendwende** zu weniger Ungleichheit scheint im einstigen sozialdemokratischen Musterland daher **äußerst unwahrscheinlich**.

Dr. Frank Bandau forscht an der Universität Bamberg unter anderem zu den politischen Ursachen der wachsenden sozialen Ungleichheit in Europa

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Soziale Ungleichheit in der Türkei unter der AKP–Regierung

18. Juli 2015 · von Fabian Steininger

Trotz jüngerer Anzeichen von Instabilität wird die ökonomische Entwicklung in der Türkei der letzten Jahre gerne als Erfolgmodell eines „inklusiven Wachstums" gefeiert. Die Türkei ist eines der wenigen Länder in der OECD, in denen die Einkommensungleichheit in einen leichten Rückgang zu verzeichnen scheint. Ein zweiter Blick jedoch relativiert diese Erfolgsgeschichte, wie ***Fabian Steininger*** *in seinem Gastbeitrag aufzeigt.*

Skyline des Istanbuler Finanzdistrikts Levent (Foto: Ben Morlok, CC-BY-SA 2.0)

Die Wahlen Anfang Juni in der Türkei brachten einige unerwartete Ergebnisse. Zum ersten Mal seit der Einführung der 10%-Hürde durch die Militärdiktatur im Jahre 1982 wurde eine der kurdischen Bewegung nahestehende Partei, die HDP (Demokratische Partei der Völker) als Fraktion ins Parlament gewählt. Da zudem noch zwei weitere Parteien den Einzug ins Parlament schafften, verpasste die Regierungspartei AKP (Partei der Gerechtigkeit und des Fortschritts) deutlich ihr Ziel einer Zwei-Drittel-Mehrheit an Abgeordneten, welche für die angepeilte Verfassungsänderung hin zu einer Präsidialdemokratie nötig gewesen wäre. Nun muss die Partei zum ersten Mal seit ihrer Regierungsübernahme im Jahre 2002 eine Koalitionsregierung bilden, deren Sondierungsgespräche gegenwärtig noch andauern.

Obwohl die Wechselkurse der Lira gegenüber Dollar und Euro in den ersten Monaten des Jahres erheblich nachgegeben hatten, die Preise für Lebensmittel gegenüber dem Vorjahr um 21% gestiegen waren,[1] und das erwartete Wirtschaftswachstum für 2014 mit 2,9% deutlich geringer als erwartet ausgefallen war, spielten ökonomische Angelegenheiten nur eine kleine Rolle im Wahlkampf. Stattdessen bestimmten Themen wie die Frage nach der

Stellung der kurdischen Minderheit, die öffentliche Position von Frauen, die Rolle des Islam innerhalb des Erziehungswesens, die öffentlich bekannt gewordene Korruption innerhalb der AKP, sowie der zunehmend autoritäre Politikstil von Staatspräsident Tayyip Erdoğan die Debatten.

Die Erfolgsgeschichte der Türkei als moralische Ökonomie

Tatsächlich hatte in den letzten Jahren die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eine wichtige Rolle bei den Wahlerfolgen der AKP sowie der Legitimität der Regierung gespielt. Seit 2002 hatte sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mehr als verdoppelt, die absolute Armutsquote mehr als halbiert, waren die unteren 40% der Einkommen überproportional gestiegen, und der Gini-Koeffezient, welcher die Einkommensungleichheit misst, entgegen dem internationalen Trend von 0,43 auf 0,41 gesunken. Die Entwicklung der Türkei gilt als Erfolgsgeschichte eines „Inklusiven Wachstums", von dem auch breite Bevölkerungsschichten profitieren können, und wird von internationalen Institutionen wie der Weltbank als Entwicklungsmodell für Transitionsökonomien vermarktet.

Das mit diesem Vorbildcharakter einhergehende Selbstvertrauen der Regierung spiegelte sich auch deutlich im diesjährigen Wahlkampfslogan wider: „Die anderen reden – die AKP macht!". Denn nicht nur ist der Gerechtigkeitsbegriff aus dem Namen der Partei im historischen Kontext der Türkei immer schon stark sozial aufgeladen gewesen. Ein weiterer Punkt in der Selbstlegitimation der AKP war auch die Schaffung einer „Moralischen Ökonomie", in welcher die Wirtschaft unter religiös-ethischen Gesichtspunkten sozial gestaltet werden sollte.

Dies diente der Abgrenzung von den angeblich „korrupten säkularen Oberschichten" und großen Unternehmen aus Istanbul oder dem Westen der Türkei. Von der AKP wurden dagegen im Verbund mit religiösen Bewegungen wie etwa Fethullah Gülens „Hizmet" vertrauensbasierte Netzwerke geschaffen, die konservative Werte und Sozialprogramme mit erfolgreichen Handels- und Industrieunternehmungen vor allem in den Mittelstädten Anatoliens verbanden und so eine neue kapitalistische „muslimische Mittelschicht" schufen.

Inklusives Wachstum oder neoliberale Agenda?

Dieser soziale und moralische Anspruch der Regierung wird häufig als Verbrämung einer im Grunde klassischen neoliberalen Agenda interpretiert – und in der Tat fallen in die Zeit seit 2002 auch erhebliche Privatisierungen großer Staatsunternehmen. Dennoch ist die Türkei ein interessanter und spezieller Fall, da die gewöhnliche Zunahme der sozialen Ungleichheit in Zeiten hohen wirtschaftlichen Wachstums nach Definitionen der internationalen Organisationen eben nicht eingetreten ist.

Es gibt nun meiner Meinung nach zwei Probleme mit dieser Interpretation: Zum einen ist die angebliche Abnahme des Gini eher als eine Stabilisierung auf hohem Niveau seit den 1980er Jahren zu kennzeichnen – dem gegenwärtig dritthöchsten der OECD-Länder und deutlich höher als etwa in den USA. Zum anderen besitzen ausgewählte Daten für die Einkommensungleichheit teils erhebliche methodische Schwierigkeiten und geben die tatsächliche soziale Situation in der Türkei nur ungenau wieder.

Ungleichheit der Einkommen und des Vermögens

Denn zum einen ist bei den Einkommen das Verhältnis des reichsten zum ärmsten Dezil seit Mitte der 2000er bis 2014 von 14.5 auf 15.1 gestiegen (die reichsten 10% verdienen also 15-mal so viel wie die ärmsten 10%), was im OECD-Vergleich eine überdurchschnittliche Steigerung ist. Auch erhielten die reichsten 20% (2014) mehr als die Hälfte des gesamten Einkommens. Und ferner stieg die relative Armutsrate, also die Anzahl derjenigen, die mit weniger als 50% des Medianeinkommens leben müssen, von 17,5% (2004) auf 20% (2014).

Zum anderen ist die Verteilung der Vermögen nach neueren Schätzungen in den letzten

Jahren erheblich gestiegen: nach einer Studie der Credit Suisse stieg der Anteil der obersten 1% am Gesamtvermögen von 39,4% (2002) auf 54,3% (2014), wohingegen der gegenwärtige Anteil des obersten Dezils 77.7% beträgt, was die Türkei zum ungleichsten Land der Welt nach Russland machen würde.

Irreguläre Arbeit und kreditfinanzierter Konsum

Auch andere Daten deuten darauf hin, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht allen Menschen zu Gute gekommen ist. Die niedrige Beschäftigungsquote von 49,7% der erwachsenen Bevölkerung, die besonders bei Frauen sehr gering ist, ist ein Indikator, dass viele Menschen einen erheblichen Teil des Lebensunterhalts aus irregulärer Beschäftigung bestreiten müssen. Sie sind somit kaum in den statistischen Daten zu Einkommen vertreten, und können nur indirekt erfasst werden. Die gleichbleibend hohe Inflationsrate von 9% trifft diese Menschen besonders. So blieben die durchschnittlichen Konsumausgaben von Haushalten für Essen seit 2003 in etwa konstant bei 25%, oder fast dem doppelten der BRD. Zudem ist die Anzahl der Haushalte, die nach eigenen Angaben nicht genug Lebensmittel kaufen können, seit 2008 von 26,6 auf 32.7% gestiegen.

Für diese Menschen wird in den letzten Jahren kreditfinanzierter Konsum immer wichtiger. Zwar liegen über die Privatverschuldung keine genauen Zahlen vor, sie scheint jedoch enorm zugenommen haben. So stieg laut einer Studie über Istanbuler (regulär und irregulär beschäftigte) Arbeiter_innen die Rate von durch Konsumentenkredite finanzierter Haushaltsausgaben von 2,7% (2002) auf 22,6% (2010), und fast jeder Dritte besaß mehr als zwei Kreditkarten. Zudem erhöhte sich in derselben Zeit der Anteil von Haushaltskrediten an der gesamten Kreditvergabe Istanbuler Banken von 13% auf 33%. Von den Haushalten, die solche Kredite in Anspruch nahmen, verdienten 42% weniger als 1000 Lira im Monat (etwa 350 Euro), und weitere 28% zwischen 1000 und 2000 Lira. Die Ungleichheit könnte somit auch zu einem Problem für die makroökonomische Stabilität werden.

Geringe steuerliche Umverteilung

Wie diese Daten zeigen, ist die Situation sozialer Ungleichheit in der Türkei deutlich vielschichtiger, als es die Erfolgserzählung des „inklusiven Wachstums“ darstellt. Ein Grund dafür ist sicherlich auch die geringe Umverteilung durch Steuern seitens des Staates. So ist einerseits das gesamte Steueraufkommen im internationalen Vergleich gering und lag im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt 2013 bei lediglich 29,3%, und damit auf dem vorletzten Platz innerhalb der OECD.

Andererseits sind innerhalb des Steuersystems indirekte Steuern, die alle Menschen gleichermaßen treffen, überproportional vertreten und machen 69% des gesamten Aufkommens aus. Hierbei sind vor allem Steuern auf Waren und Dienstleistungen wichtig, wie etwa die 2002 eingeführte ÖTV (Spezielle Verkaufssteuer). Gleichzeitig machen Steuern auf Einkommen nur 14% des Gesamtaufkommens aus, und Unternehmenssteuern lediglich 4%. Eine Steuer auf Vermögen wird nicht erhoben.

---

[1] Die Daten im Blog beziehen sich auf das letztmögliche Jahr und stammen, sofern nicht anders gekennzeichnet, von der Türkischen Statistischen Gesellschaft bzw. der OECD, die sich auf die TÜIK stützt, jedoch deutlich weniger und ältere Daten zur Verfügung stellt.

Fabian Steininger promoviert an der FU Berlin zu Konzeptionen moralischer Ökonomien im Spätosmanischen Reich.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Klasse und Politik – ein häufig unterschätzter Zusammenhang

1. März 2016 · von Lea Elsässer

*Wie wichtig sind Klassenmerkmale für politische Konfliktlinien in Deutschland? Dieser Frage geht ein neues Discussion Paper des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln nach. Co-Autorin **Lea Elsässer** fasst zentrale Punkte in einem Gastbeitrag zusammen.*

In den USA gibt es seit einigen Jahren eine intensive Debatte um den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Repräsentation. Sie wurde vor allem durch Studien angefacht, die zeigen, dass politische Entscheidungsträger*innen in den USA systematisch der Meinung oberer Einkommensschichten folgen, die unteren und mittleren Schichten aber kaum Einfluss auf politische Entscheidungen haben (siehe dazu einen früheren Blogbeitrag). In Deutschland wird diese Debatte bisher weniger geführt. Das hier kurz vorgestellte Discussion Paper (PDF) von Lea Elsässer und Armin Schäfer möchte einen Anfang machen. Die Autor*innen untersuchen für den deutschen Fall, wie stark sich soziale Klassen in ihren Einstellungen zu konkreten politischen (Streit-)fragen unterscheiden.

Wollen soziale Klassen Unterschiedliches von der Politik?

Ob die Politik in ihren Entscheidungen bestimmte Gruppen stärker berücksichtigt als andere, kann nur sichtbar werden, wenn diese Gruppen sich systematisch in ihren Auffassungen und Interessen unterscheiden. Es ist immer wieder argumentiert worden, dass mit zunehmender Individualisierung und dem Aufkommen „postmaterialistischer Werte“ die **Bedeutung von sozialer Klasse für gesellschaftliche Konfliktlinien** kleiner wird. Soziale Klasse wird hier durch die Art des Berufs und die Position auf dem Arbeitsmarkt definiert. So wählen Arbeiter*innen heute beispielsweise weniger häufig traditionelle Arbeiterparteien als noch vor 30 Jahren. Deshalb aber davon auszugehen, dass die soziale Herkunft keinen Einfluss auf politische Einstellungen hat, wäre falsch, wie das Discussion Paper (PDF) zeigt.

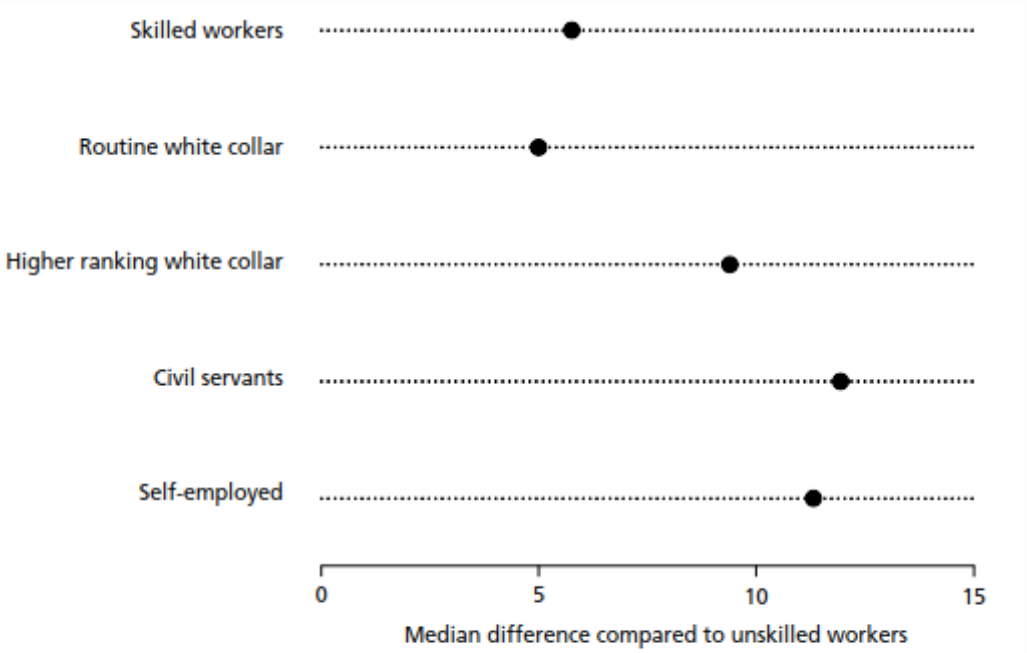
Kern des Papiers ist die empirische Untersuchung von **Einstellungsunterschieden zwischen verschiedenen Berufsgruppen zu einer Fülle von politischen Themen**. Der dafür erstellte Datensatz umfasst mehr als 700 Fragen aus der Politbarometer-Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, die zwischen 1980 und 2012 gestellt wurden. Die Fragen beziehen sich in den meisten Fällen auf jeweils aktuelle politische Debatten und fragen nach der Zustimmung oder Ablehnung zu konkreten Politikänderungen. So wurde beispielsweise nach der Zustimmung zum Mindestlohn oder der Einführung der Riesterrente gefragt, aber auch zu Themen wie einem möglichen NPD-Verbot oder der Erlaubnis verdeckter Online-Ermittlungen durch Sicherheitsbehörden. Die Fragen decken also ganz unterschiedliche Politikbereiche ab und können deshalb als guter Querschnitt der politischen Debatten der letzten dreißig Jahre gesehen werden.

Große soziale Distanz – große Meinungsunterschiede

Um die Frage beantworten zu können, ob systematische Unterschiede in den politischen Einstellungen bestehen, wurde für jede Frage die **Differenz in der Zustimmung zwischen den ungelernten Arbeiter*innen und jeweils einer anderen Berufsgruppe berechnet**. Die durchschnittliche Größe der Meinungsunterschiede zwischen ungelernten Arbeiter*innen

und fünf anderen Berufsgruppen ist in Abbildung 1 dargestellt. Die Abbildung zeigt ein eindeutiges Muster: je größer die soziale Distanz zwischen den Gruppen, desto stärker gehen die Meinungen auseinander.

Betrachtet man neben den **Durchschnittswerten** auch die **Streuung** , so wird das Ergebnis noch deutlicher. Zwischen ungelernten Arbeiter*innen und Selbstständigen beispielsweise gibt es viele Fragen, bei denen die Gruppen sich um 20 bis 30 Prozent in i hrer Zustimmung bzw. Ablehung unterscheiden, in einigen Fällen sogar bis zu 50 Prozent. Dagegen kom-



Data: *Politbarometer* 1980–2012; authors' calculations.
Note: Each dot shows the median difference in opinions between the reference group (unskilled workers) and those of the other occupational groups.

Abbildung 1: Durchschnittliche Meinungsunterschiede zwischen Berufsgruppen
Quelle: Elsässer/Schäfer: Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among Occupational Groups in Germany. MPIfG Discussion Paper 16/3.

Erläuterungen zu Abbildung 1:

- Jeder Punkt zeigt die durchschnittlichen Meinungsunterschiede (gemessen mit dem Median) zwischen ungelernten Arbeiter*innen und der jeweils angegebenen Berufsgruppe.

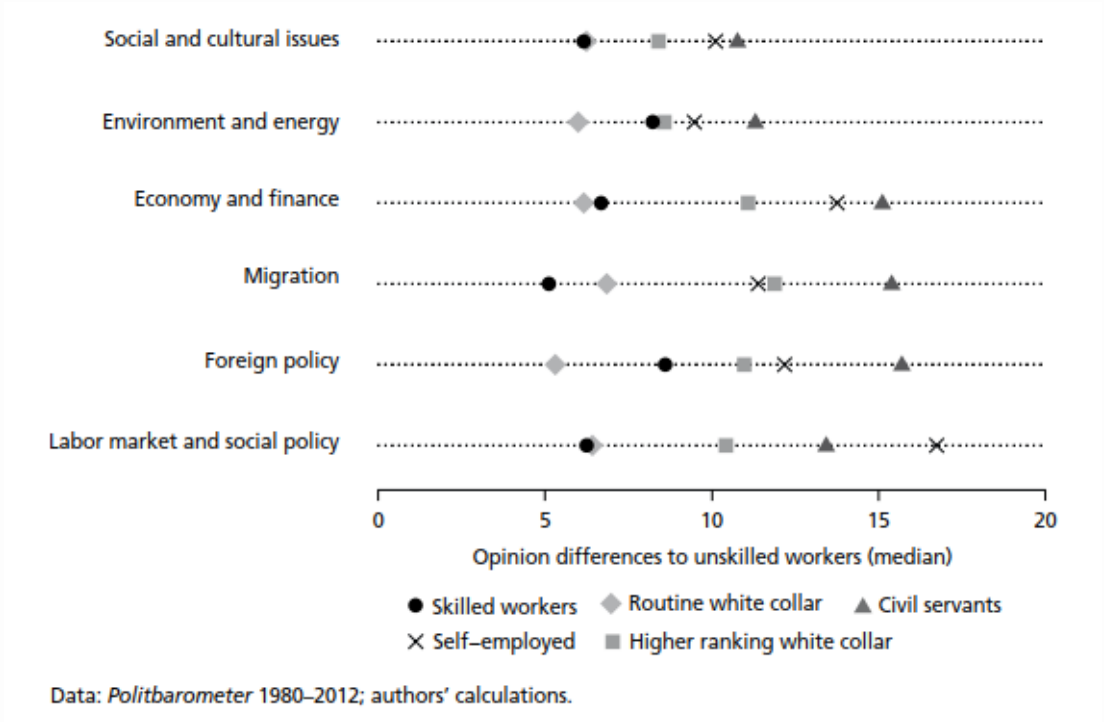
- Für jede Frage im Datensatz wurde die absolute Differenz zwischen dem Anteil der Befürworter*innen unter den ungelernten Arbeiter*innen und dem Anteil der Befürworter*innen in der jeweils angegebenen Berufsgruppe berechnet. Der Median gibt deshalb die durchschnittlichen Meinungsunterschiede über alle Fragen im Datensatz an.

men völlig unterschiedliche Auffassungen zwischen einfachen Angestellten und Arbeiter*innen beispielsweise kaum vor.

Zudem sind die Meinungsunterschiede in verschiedenen Politikbereichen unterschiedlich groß. Wie Abbildung 2 zeigt, sind die **Unterschiede in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik besonders groß, vor allem zwischen Arbeiter*innen und Selbstständigen**. Da in diesen Bereich hauptsächlich (um-)verteilende Politikmaßnahmen fallen, ist es nicht stark verwunderlich, dass die Interessenslagen in diesem Bereich häufig gegensätzlich sind. Dagegen gehen die **Meinungen in Umwelt- und gesellschaftspolitischen Fragen weniger stark auseinander**.

Gruppenrepräsentation für Arbeiter*innen?

Das Papier zeigt also, dass Arbeiter*innen weiterhin in vielen Bereichen andere Einstellungen und Interessen haben als Menschen aus anderen sozialen Schichten bzw. Berufsgruppen. Gleichzeitig sind sie aber in vielerlei Hinsicht weniger am politischen Prozess beteiligt, was die Frage aufwirft, inwiefern ihre Interessen schlechter von der Politik repräsentiert werden. So sind **Arbeiter*innen nicht nur kaum im Parlament vertreten**, sondern **gehen auch viel seltener wählen** als andere Gruppen. Das Nichtwählen hat seit den 1980er Jahren in unteren sozialen Schichten weitaus stärker zugenommen als in den mittleren und



Data: *Politbarometer* 1980–2012; authors' calculations.

Abbildung 2: Durchschnittliche Meinungsunterschiede in sechs Politikfeldern
Quelle: Elsässer/Schäfer: Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among Occupational Groups in Germany. MPIfG Discussion Paper 16/3.

Erläuterungen zu Abbildung 2:
Die Grafik zeigt die durchschnittlichen Meinungsunterschiede (gemessen mit dem Median) zwischen ungelernten Arbeiter*innen und der jeweils angegebenen Berufsgruppe in sechs verschiedenen Politikfeldern.

oberen Schichten. Im gleichen Zeitraum wurden Institutionen wie **Gewerkschaften, die traditionell die Interessen der Arbeiter*innen im politischen Prozess artikuliert und gestärkt haben, stark geschwächt** (zu den verteilungspolitischen Folgen schwacher Gewerkschaften -> hier mehr). Vor diesem Hintergrund diskutiert das Papier, welche Folgen dies für die Politik haben könnte, und wirft die Frage auf, ob eine stärkere Präsenz von Arbeiter*innen in den Parlamenten helfen könnte, ihre Perspektiven im politischen Prozess hörbar zu machen.

Lea Elsässer promoviert zum Zusammenhang von Ungleichheit und Repräsentation in Osnabrück und ist Gastdoktorandin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Studie zu Einfluss und Ungleichheit in den USA: Macht Geld Politik?

13. August 2015 · von Lea Elsässer

*Wie schlägt sich Ungleichheit in Politikergebnissen nieder? Setzen sich die finanziell besser gestellten Gruppen mit ihren Positionen eher durch? Forschung aus den USA untermauert diese Vermutung, wie **Lea Elsässer** in ihrem Gastbeitrag berichtet.*

US-Kongress (Foto: Lawrence Jackson – whitehouse.gov, Quelle: Wikimedia Commons)

In repräsentativen Demokratien müssen die Interessen der Bevölkerung von der Politik berücksichtigt werden. Das Prinzip politischer Gleichheit verlangt zudem, dass nicht nur die Interessen einiger weniger, sondern die Interessen aller Repräsentierten gleichermaßen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Regierenden haben.

In den letzten Jahren haben verschiedene US-amerikanische Studien gezeigt, dass die Meinung sozial schlechter gestellter Gruppen kaum Einfluss auf politische Entscheidungen hat, politische Entscheidungsträger sich aber sehr wohl an den Meinungen der bessergestellten orientieren. Ihre Befunde haben eine Debatte über den Zusammenhang von ökonomischer Ungleichheit und politischer Repräsentation ausgelöst, die hierzulande noch viel zu wenig geführt wird.

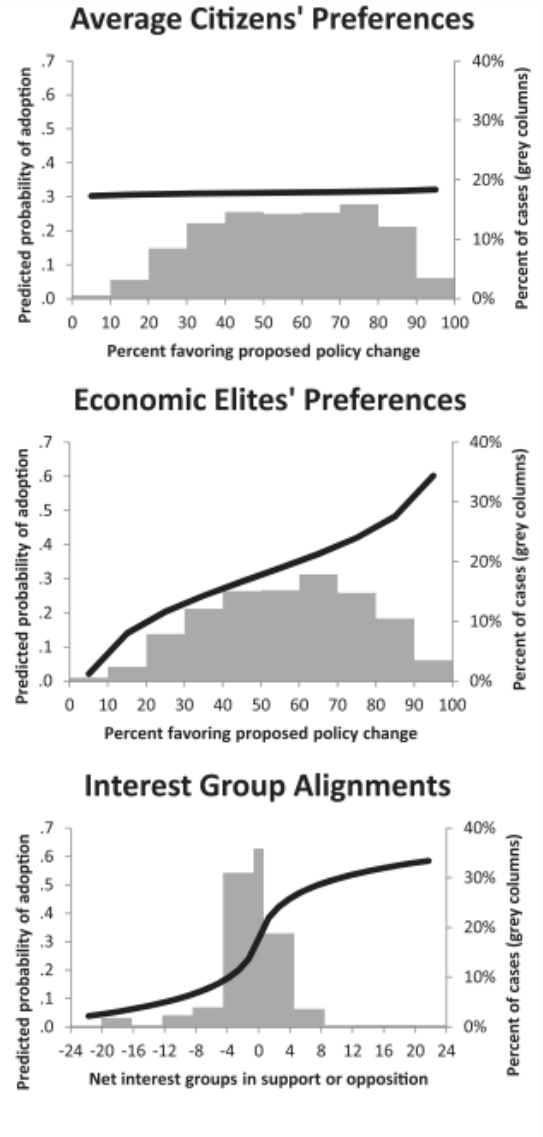
Wessen Stimme zählt?

Martin Gilens, Professor in Princeton und Autor des Buches „Affluence and Influence“, hat in einer breit angelegten empirischen Studie (PDF) über US-amerikanische Politik gezeigt, dass der Einfluss von Menschen aus mitt-

leren und unteren Einkommensschicht auf politische Entscheidungen der Regierung verschwindend gering sind. Für seine Untersuchung wertete er fast 1800 repräsentative Umfragen aus, die zwischen 1981 und 2002 durchgeführt wurden und jeweils nach der Zustimmung oder Ablehnung zu einer aktuell diskutierten Politikänderung fragten. So wurde beispielsweise nach der Zustimmung (bzw. Ablehnung) zu einer Erhöhung des Mindestlohnes oder zu einer verpflichtenden Krankenversicherung durch Arbeitgeber gefragt. Insgesamt decken die Fragen verschiedene Politikbereiche ab und spiegeln mehr oder weniger die Spannbreite an Themen wieder, die während des Untersuchungszeitraums auf der politischen Agenda waren und öffentlich diskutiert wurden.

Der Autor vergleicht die in den Umfragen geäußerten Meinungen mit den politischen Entscheidungen, die bis zu vier Jahre nach der jeweils gestellten Umfrage getroffen wurden. In einer weiterführenden Studie (PDF) mit seinem Co-Autor Benjamin I. Page wird neben der Meinung der Befragten aus verschiedenen Einkommensgruppen zudem noch erhoben, wie viele organisierte Interessensgruppen für oder gegen den jeweiligen Reformvorschlag positioniert waren, um auch den Einfluss von Interessengruppen auf politische Entscheidungen zu erfassen.

Der erste Teil der Ergebnisse ist erstmal wenig überraschend: insgesamt werden Reformen häufiger dann durchgesetzt, wenn ein größerer Anteil der Bevölkerung sie befürwortet. So weit, so gut. Spannend wird es dann, wenn sich die Meinung der oberen Einkommensschichten von der der mittleren und unteren Einkommensschichten deutlich unterscheidet. Mit anderen Worten: wessen Stimme zählt, wenn Arm und Reich nicht dasselbe wollen? Das Ergebnis der Studie ist so deutlich wie erschreckend. Wenn sich die Interessen zwischen den Einkommensgruppen unterschieden, so folgt die Politik häufig den Einkommensstarken, die Anliegen der Einkommensschwachen bleiben unberücksichtigt. Zudem finden die Autoren einen deutlichen Einfluss von organisierten Interessensgruppen auf Politikentscheidungen. Die folgende Grafik veranschaulicht diesen Zusammenhang:



***Grafik 1**: Zusammenhang zwischen Präferenzen und Politikwandel, nach Einkommensgruppen (90-Prozent Perzentil und Median-Einkommen) und Interessensgruppen*

© American Political Science Association 2014 bei Cambridge University Press

Quelle: Gilens, Martin/Benjamin I Page, 2014: Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. In: Perspectives on Politics 12, 564-581. Online hier (PDF) abrufbar.

Erläuterungen zur Grafik:

- *In der oberen Grafik ist auf der x-Achse der Prozentsatz derjenigen Befragten mit Median-Einkommen abgetragen, die einen Politikwandel befürworten (bspw. die Erhöhung des Mindestlohns). Auf der y-Achse ist die Wahrscheinlichkeit abgetragen, dass dieser Politikwandel eintritt (wenn die Präferenzen der Reichen und der Interessensgruppen konstant und zum Politikwandel neutral gehalten werden). Die schwarze Linie gibt den Zusammenhang zwischen dem Anteil der Befürworter und der Wahrscheinlichkeit für Politikwandel an. Die flache Kurve bedeutet, dass es für die politische Entscheidung für oder gegen eine Reform keinen Unterschied macht, wie viel Prozent der „Durschschnittsbürger" sie befürworten.*

- *In der mittleren Grafik ist auf der **x-Achse** der Prozentsatz der **Befürworter am 90-Prozent Perzentil der Einkommensverteilung**. Im Gegensatz zu dem „Durchschnittsbürger" gibt es hier einen deutlichen Zusammenhang: je höher der Anteil der Befürworter*innen zu einer Politikänderung, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass diese auch eintritt.*

- *Ähnliches gilt für organisierte Interessensgruppen. Auch hier gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen einer positiven Stellungnahme zu einem vorgeschlagenen Politikwandel und dessen Eintreten.*

Einfluss durch Geld?

Die Ergebnisse dieser Studien haben unter anderem eine Debatte um die Mechanismen ausgelöst, die für den ungleichen Einfluss verantwortlich sind. Gilens selbst sieht vor allem im Wahlsystem der USA das Problem, da Wahlkämpfe und politische Kampagnen privat finanziert werden und Kandidat*innen dadurch entweder selbst sehr vermögend sein müssen und/oder von großen Spenden abhängig sind. Dies wird schnell offensichtlich, wenn man sich die Einkommen der Mitglieder des Kongresses anschaut: über die Hälfte der Abgeordneten sind Millionäre – das Durchschnittsvermögen der Senatsmitglieder betrug 2012 sogar 2,8 Millionen Dollar (OpenSecrets.org). Mit jeder Wahl werden die Wahlkampagnen teurer und Großspenden von Einzelpersonen wichtiger – Geld scheint also eine immer größere Rolle im politischen Wettstreit zu spielen.

Ob private Wahlkampffinanzierung als Erklärung ausreicht, ist allerdings fraglich. Auch in Europa, wo Wahlkämpfe vielerorts zu großen Teilen öffentlich finanziert werden, sind in den letzten Jahren viele Reformen verabschiedet worden, die zulasten unterer und mittlerer Einkommensschichten gehen. Wahrscheinlicher ist deshalb, dass sich Ungleichheit auch über andere Kanäle in Politikergebnisse im Interesse der bessergestellten übersetzt. Die Befunde aus den USA sollten deshalb eher als Anregung dienen, auch hier eine systematische Debatte um Ungleichheit und Repräsentation anzustoßen und nach konkreten Mechanismen politischer Einflussnahme zu fragen.

Lea Elsässer promoviert zum Zusammenhang von Ungleichheit und Repräsentation in Osnabrück und ist Gastdoktorandin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Martin Winterkorn und die Rechtfertigung von Ungleichheit

22. September 2015 · von Julian Bank

War das Rekordgehalt von Martin Winterkorn gerechtfertigt? Noch vor dem aktuellen Abgas-Skandal von VW bot die öffentliche Debatte um das Rekordgehalt des VW-Managers im Jahr 2012 eine gute Gelegenheit, verschiedenen in den Medien vorgebrachten Argumenten für und gegen Einkommensungleichheit auf die Spur zu kommen.

> *The imagination of the elite to justify inequality is endless*
>
> Thomas Piketty

Er ist dieser Tage in aller Munde: (Noch-)VW-Chef Martin Winterkorn. Seit Vorwürfe der amerikanischen Umweltbehörde EPA laut wurden, VW habe mittels einer Software Ergebnisse von Abgastests manipuliert, wird die Frage nach Winterkorns Verantwortung für diesen unternehmenspolitischen Super-Gau laut. Selbst wenn er nichts von den Manipulationen gewusst hätte, stellte sich die Frage in wie weit er allein durch sein Amt als Chef Verantwortung übernehmen müsste.

Foto: Volkswagen AG

Rechtfertigungsmuster von Martin Winterkorns Rekordgehalt 2012

Bereits im Frühjahr 2012 war Martin Winterkorn in aller Munde. Damals wurde bekannt, dass Winterkorn im Vorjahr mehr als 17 Millionen Euro verdient hatte. Ein Raunen ging durch die Öffentlichkeit ob dieses Rekordgehalts. Konnte es gerechtfertigt sein, dass ein Vorstandschef das rund 400-fache eines Facharbeiter-Lohns erhielt? Auch hier wurde Verantwortung als eine von verschiedenen Rechtfertigungen herangezogen. Winterkorn übernähme durch seine Entscheidungen **Verantwortung** für die vielen Beschäftigten, für die Zulieferer, ja – durch das Steueraufkommen des Auto-Konzerns sogar für einen großen Posten des Fiskus.

Doch auch andere Rechtfertigungs-Argumente wurden vorgebracht: Winterkorn leiste Unglaubliches. Er arbeite viele Stunden und habe viel Stress. Und er leiste auch Großes im Sinne des **Ergebnisses** seiner Arbeit: VW stehe extrem erfolgreich da auf dem globalen Markt, der Konzern expandiere und mache Gewinne.

Noch andere rechtfertigten sein Gehalt schlicht mit dem **Prozess** durch den es zustande komme: ein etabliertes Verfahren der Gehaltsbestimmung durch den Aufsichtsrat, der im deutschen **System der Mitbestimmung** immerhin (beinahe) paritätisch durch Arbeitnehmervertreter besetzt wäre.

Wirtschaftsliberale Stimmen rechtfertigten Winterkorns Gehalt ebenfalls mit einem für gut oder gar gerecht befundenen Prozess: Dem **Marktprozess**. Aus ihrer Sicht war das Rekordgehalt allein deshalb in Ordnung weil der „Markt für Manager" eben zu diesen Ergebnissen führe. Wenige fähige Personen würden umworben von vielen Unternehmen. Das treibe den Preis für deren Arbeit in die Spitze. OK sei das allemal, weil vermeintlich alle Beteiligten (Eigentümer des Unternehmens, die Kunden, der Arbeitnehmer) **aus freien Stücken** handelten.

Winterkorns Gehalt wurde natürlich auch in Frage gestellt. Manche Argumente betonten den **Schaden**, den die Gesellschaft, der soziale Frieden, oder auch die Demokratie durch zu hohe Abstände zwischen den Gehältern anrichte. Oder sie sorgten sich zwar nicht um Ungleichheit an sich, aber darum, dass die Akzeptanz der „Sozialen Marktwirtschaft" in Gefahr sei (und damit perspektivisch auch eher die Möglichkeit zu Ungleichheit zumindest in geringeren Ausmaßen). Andere Kritiker stellten auf **Bedürfnisse** ab: So viel brauche Herr Winterkorn doch gar nicht. Und eine Reihe von Kritiken des Gehalts bezogen sich auf dasselbe Motiv, auf das sich auch Befürworter beriefen: Das Leistungsprinzip. Diesmal jedoch wurde das Gehalt als illegitim in Frage gestellt, weil Winterkorn nicht so viel mehr leiste als andere, die nur einen Bruchteil erhielten.

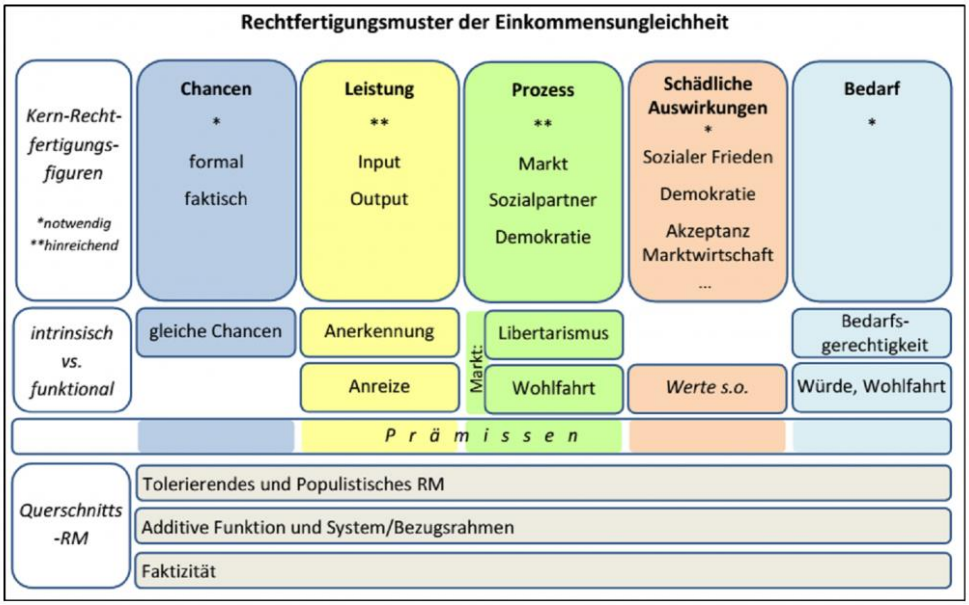


Abbildung 17: Typologie der Rechtfertigungsmuster – schematische Darstellung (eigene Darstellung)

Eine Typologie der Rechtfertigungsmuster von Einkommensungleichheit

Wie lassen sich all diese Argumente systematisieren? Diese Frage habe ich mir in meiner Masterarbeit vor zwei Jahren gestellt. Zunächst musste ich die oben genannten Argumentationsmuster erst einmal durch eine empirische Analyse identifizieren. Anhand einer **Analyse von rund 500 Zeitungsartikeln** untersuchte ich die mediale Debatte um Martin Winterkorns Rekordgehalt in den Jahren 2012 und 2013. Eine Vielzahl von Argumenten für und gegen dieses Rekordgehalt, hohe Managergehälter oder gar ganz allgemein zur Frage der Legitimität von Einkommensungleichheit konnte ich entdecken und nach und nach sortieren.

Im Anschluss habe ich versucht, daraus eine **Typologie** zu entwerfen, in der die verschiedenen Rechtfertigungsmuster eingeordnet werden können. In Langform lässt sich das Ganze hier (PDF) nachlesen. In Kurzform sieht die Typologie folgendermaßen aus:

Die Abbildung zeigt schematisch, was Tabelle 1 der Arbeit ausführlich darstellt.

- **Fünf zentrale Rechtfertigungsmuster** der Einkommensungleichheit werden sichtbar, die jedoch noch einmal in **verschiedene Untervarianten** unterschieden werden können.

- Beispielsweise gibt es sehr verschiedene **„prozedurale" Rechtfertigungmuster**

(grün), den Marktprozess, die Aufsichtsratsentscheidung in der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern oder auch, denkbar, eine demokratische Entscheidung.

- Oder: Das Argument der **Chancengleichheit** (dunkelblau) hat verschiedene Ausprägungen; eine, die eher auf gleiche formale Rechte abzielt, und eine, die auch Nachteile durch Geburt und soziale Faktoren berücksichtigt.

- Innerhalb der fünf Kern-Rechtfertigungsmuster wird noch einmal extra unterschieden in unterschiedliche **Varianten („intrinsisch vs. funktional")**, je nachdem, ob Bezug auf einen direkten Gerechtigkeitsanspruch genommen wird, oder ob vielmehr andere Werte herangezogen werden, um das Rechtfertigungsmuster zu begründen

- Zum Beispiel können Einkommensungleichheiten mit unterschiedlicher Leistung begründet werden, und hier sowohl mit **Leistung** im Sinne einer **Anstrengung (Input)** oder im Sinne ihrer **Resultate (Output)**. Aber es lässt sich auch unterscheiden, ob das Leistungsprinzip als in sich gerecht betrachtet wird, beispielsweise weil mit der unterschiedlichen Bezahlung Anerkennung transportiert wird; oder ob es etwa deshalb befürwortet wird, weil es Anreize zu einem Verhalten setzt, das wünschenswert ist.

- Zudem gibt es eine Reihe von „**Querschnittsrechtfertigungsmustern**„, die sich aus verschiedenen Figuren der Typologie zusammensetzen. Auch **Überschneidungen** zwischen den verschiedenen Typen sind nicht selten.

Zur Bedeutung von Prämissen

Was in der schematischen Darstellung nur angedeutet ist, aber im Verlauf der Analyse sehr deutlich wurde: Prämissen – sei es bezüglich Definitionen, Annahmen über menschliches Verhalten oder auch über Zuschreibungen von Fakten und Wirkungszusammenhängen – spielen eine entscheidende Rolle in der konkreten Ausprägung von Rechtfertigungsmustern. So lässt sich erklären, wie das Leistungsmotiv sowohl in einem Rechtfertigungs-Argument für, als auch gegen Winterkorns Rekordgehalt auftauchen kann: Die Leistung wird unterschiedlich zugeordnet.

Oder in einer Variante des Rechtfertigungsmusters des Marktprozesses: Es wird vorausgesetzt, dass tatsächlich alle Beteiligten zu ihrer Entscheidung frei waren und dass die Ausübung dieser vermeintlichen Freiheit ebenfalls bedeutet, dass die Beteiligten die Verteilungsergebnisse für gut befinden. Oder: In einem ungleichheitskritischen Rechtfertigungsmuster wie dem Verweis auf schädliche Auswirkungen wird vorausgesetzt, dass denkbare schädliche Auswirkungen einer *geringeren* Ungleichheit weniger gravierend wären. Oder: Ein Verweis auf Leistungsanreize geht davon aus, dass Anreize etwa bei der Entscheidung, wie viel und wo ein Mensch arbeitet, der zentrale Faktor zur Erklärung dieses Verhaltens seien.

Ungleichheitsdiskurse offen legen

Was ist der Sinn einer solchen Typologie? Die Argumente kennt doch eh jede/r… Und genau darum geht es. Denn die meisten Argumente haben die meisten Menschen in dieser oder jener Form schon einmal gehört oder gar diskutiert. Häufig jedoch, so mein Eindruck, laufen diese Debatten durcheinander: Es wird unbewusst gesprungen von einem auf das andere Rechtfertigungsmuster. Und oft tauchen Rechtfertigungsmuster implizit auf.

Ein banales Beispiel liefert die Winterkorn-Debatte um dessen Rekordgehalt. Nachdem die Debatte 2012 große Wogen geschlagen hatte, reagierte der Aufsichtsrat und änderte die Vergütungsregeln für den VW-Vorstand. Im folgenden Jahr wurde dann gemeldet, dass Winterkorn durch die neuen Vergütungsregeln weniger als im Vorjahr verdient hatte, *obwohl* der Gewinn angestiegen war. Schon hier versteckt

sich ein latentes Rechtfertigungsmuster. Das Wort „obwohl“ verweist auf eine Erwartung, dass steigende Gewinne sich in einem steigenden Gehalt des Managers niederschlagen sollten – vermutlich aufgrund der ihm zugeschriebenen „Leistung“.

Ein anderes Beispiel: In einer Talk-Show von Günter Jauch zum Thema hohe Managergehälter äußert sich Carsten Maschmeyer im Wortwechsel mit Sahra Wagenknecht recht diffus:

Maschmeyer: „Aber Sie können ja Manager nicht anders behandeln als Musiker oder Fernsehmoderatoren. Irgendwie muss ja sein [sic!]. Entweder gibt es unmaximierte Löhne und dann können ja auch nicht die Gebührenzahler abstimmen was Herr Jauch hier bekommt und die Konzertleute können sagen, Madonna darf nur 20 Euro pro Ticket nehmen.“ Unterbrechung Wagenknecht: „Aber es ist doch ein entscheidender Unterschied zwischen einem Manager und einem Musiker.“ Maschmeyer: „Sekunde, und ein Arzt darf nur maximal so viel operieren und so viel Geld verdienen. Auch ein Anwalt, der eine große Fusion von Milliarden macht bekommt andere Gebühren, als wenn der kleine sagt [sic!]. Das ist weltfremd, wenn wir nicht einfach sagen, die Dinge stehen in Relation zu den Ergebnissen, die dadurch entstehen, zustande kommen.“ (Applaus)

Maschmeyer vermischt hier eine Reihe von verschiedenen Rechtfertigungsmustern, die Motive Leistung („in Relation zu den Ergebnissen“), des Prozesses (die Freiheit des Arztes, sein Arbeitsvolumen selbst zu bestimmen) und der Chancengleichheit (Gleichbehandlung von Managern und Musikern und TV-Moderatoren). Die Argumente für sich genommen sind ja völlig in Ordnung. Die diffuse und suggestive Art, auf die sie vorgebracht werden jedoch verhindern eine analytische Auseinandersetzung.

Ungleichheit durch Ungleichheitsdiskurse?

Eine vieler Fragen, die offen bleiben, ist mir besonders wichtig: Wie wichtig sind eigentlich Rechtfertigungsmuster in der Entstehung von Einkommensungleichheit? Mal angenommen: Einkommensungleichheit bildet sich nicht, wie neoklassische Ökonomen gerne behaupten, einfach am „Markt“ (was immer das sein soll). Sondern nehmen wir einmal an, sie hinge, neben anderem (etwa dem „Markt“), auch davon ab, wie sie in der öffentlichen Debatte gerechtfertigt wird; dann könnte hier eine ungleichheitsfestigende oder gar -verstärkende Zirkularität bestehen. Denn ein derzeit dominantes Motiv ist das Rechtfertigungsmuster des vermeintlich funktionierenden Marktprozesses. Wäre aber tatsächlich die selbige Rechtfertigung wichtiger Teil dieses vermeintlich funktionierenden Marktprozesses, dann speiste sich die vermeintlich markt-legitime Ungleichheit aus sich selbst!

Wie gesagt: das sind nur Hypothesen, die es ausführlich zu erforschen gilt. Aber es sind, wie ich finde, keine unplausiblen Hypothesen. Und deshalb ist es wichtig darüber zu reden und Klarheit darüber zu gewinnen, wie eigentlich Einkommensungleichheit und auch andere Formen der Ungleichheit gerechtfertigt werden.

Nachtrag (April 2016): Die Arbeit wurde nun auch in englischer Überarbeitung im referierten Journal Social Justice Research veröffentlicht: *Bank, Julian (2016): Mr. Winterkorn's Pay: A Typology of Justification Patterns of Income Inequality, in: Social Justice Research, 29(2), 228–252*. Das „accepted manuscript“ kann hier (PDF) heruntergeladen werden. Die finale Publikation findet sich bei Springer via http://dx.doi.org/10.1007/s11211-016-0264-z.

[Auf Verteilungsfrage.org öffnen / teilen]

Besprechungen

Anthony Atkinson: Inequality – what can be done?

16. November 2015 · von Julian Bank

Tony Atkinson ist einer der wichtigsten Ungleichheitsforscher unter den Ökonomen. Eine Kurzfassung seines neuen Buchs „Inequality: what can be done?" ist nun als Working Paper des LSE International Inequalities Institute (III) erschienen.

Atkinson – „The godfather of inequality research"

Das britische Magazin Economist nennt ihn „The godfather of inequality research". Ein eigener Ungleichheitsindex wurde nach ihm benannt. Einer seiner Schüler ist der so titulierte „Rockstar-Ökonom" Thomas Piketty. Der 71-jährige Ökonom Anthony Atkinson aus Oxford ist tatsächlich eine Koryphäe unter Ungleichheitsforschern. Ein Jahr nach Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert" hat Atkinson ein eigenes Ungleichheitsbuch vorgelegt.

Atkinsons Buch ist dabei jedoch ganz anders geraten als das von Piketty. Es ist kürzer und zieht seine Eleganz nicht aus dem Versuch einer großen, allgemeinen Analyse und historischen Erzählung, sondern aus seinem typisch britischen Pragmatismus. Es legt einen starken Fokus auf Großbritannien, birgt dennoch viele verallgemeinerbare Punkte. Vor allem diskutiert es hauptsächlich sehr konkrete Vorschläge, wie Ungleichheit reduziert werden kann – und es erweitert den Fokus von der Konzentration an der Spitze auf diejenigen, die am anderen Ende der Verteilung abgehängt werden.

Piketty schreibt in einer lesenswerten Rezension des Buchs:

> *There's something reminiscent of the progressive British social reformer William Beveridge in Atkinson's reformism, and the reader ought to enjoy his way of presenting his ideas. The legendarily cautious English scholar reveals a more human side, plunges into controversy, and sets forth a list of concrete, innovative, and persuasive proposals meant to show that alternatives still exist, that the battle for social progress and equality must reclaim its legitimacy, here and now.*
>
> — Thomas Piketty 2015, *New York Review of Books 25.6.2015*

Heute ist ein kurzes Working Paper von Atkinson erschienen, in dem er zentrale Punkte seines Buchs zusammenfasst.

Fokus auf Großbritannien

Atkinson legt seinen Fokus auf Großbritannien. Er bezieht sich auf die dortige massive Zunahme der Ungleichheit seit den 1980er Jahren: Der Anteil der Spitzeneinkommen an den

gesamten Einkommen habe sich mehr als verdoppelt. Gemessen am Gini-Koeffizienten habe sich Großbritannien im internationalen Vergleich zu den Spitzenplätzen in der Rangliste der ungleichsten Länder vorgearbeitet.

Zugleich habe sich zwar die Armutsquote seit ihrem Höhepunkt 1990 von 22 auf 15 Prozent erholt. Allerdings habe sie sich zuletzt im Zuge der jüngsten Sparpolitik der konservativen Regierung wieder erhöht. Außerdem liege sie weiterhin auf einem sehr hohen Niveau – eines, das zumindest in den 60er und 70er Jahren noch als schockierend empfunden worden wäre.

Entsprechend sind auch Atkinsons sehr konkrete politische Vorschläge auf Großbritannien geeicht – ein Aspekt, der ihm bei Piketty Kritik einbringt. Allerdings lassen sich eine Reihe von Punkten verallgemeinern – und sie gewinnen angesichts ihrer konkreten Anwendbarkeit in Großbritannien gleichzeitig an Überzeugungskraft.

Der politische Wille zur Ungleichheitsbekämpfung ist entscheidend

Atkinson ist wichtig aufzuzeigen, dass es – technisch gesehen – keine Schwierigkeit ist, Ungleichheit zu reduzieren. Entscheidend sei vielmehr der dafür nötige politische Wille. Zugleich macht er deutlich, dass es ihm nicht um Gleichheit gehe, sondern darum, das heutige Maß an Ungleichheit zu reduzieren.

Das ist weniger ein prinzipieller, denn ein strategischer Punkt: Aus seiner Sicht gingen die Meinungen recht weit auseinander, wie viel Gleichheit in der Gesellschaft gewünscht wäre; es herrsche aber eine breite Übereinstimmung in der Frage, *dass* die Ungleichheit derzeit zu groß sei und relevant reduziert werden solle.

Sozialromantiker oder pragmatischer Sozialreformer?

Auch an einem weiteren Punkt kommt Atkinsons Pragmatismus zum Tragen: Er nennt für seine Vorschläge eine Größenordnung der Ungleichheitsreduzierung, die die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen bringen sollten:

> *To get back to where we were when the Beatles were playing, we have to reduce the Gini coefficient by some 10 percentage points. This is a big challenge.*
>
> Anthony Atkinson 2015, *LSE III Working Paper 2* „Inequality: what can be done?“

Der Verweis auf die Zeit der Beatles bringt Atkinson natürlich Kritik ein: Er trauere einer romantischen Vorstellung der guten alten Zeit nach – ohne die neuen Realitäten einer globalisierten Informationsökonomie zu berücksichtigen.

Dies weist Atkinson mit Recht zurück. Denn er geht an vielen Stellen genau auf diese Fragen ein:

- die – gemessen an früheren Arbeitslosenquoten – kaum erfolgreiche angebotsorientierte Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahrzehnte,
- die Realität von Armut trotz Arbeit – der „Working Poor“,
- den nicht nur, aber auch technologisch bedingten Wandel im Verhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen.

Zudem berücksichtigt Atkinson aktuelle Debatten in der Wirtschaftswissenschaft, um deutlich zu machen, dass vielmehr eines der zentralen „Argumente“ der Ungleichheitsapologetiker veraltet sei: die Behauptung, eine Reduktion von Ungleichheit gehe zwangsläufig auf Kosten des Wachstums.

Atkinson hält dagegen:

> *To this I respond that this depends crucially on how one understands the working of a modern economy. The standard textbook model is in my view a misleading point of departure, since by construction it excludes the ways in which equity and efficiency can be complementary, and ignores the safeguards introduced in the institutional design of redistributive policies.*
>
> — Anthony Atkinson 2015, *LSE III Working Paper 2* „Inequality: what can be done?“

Es liegt in unseren Händen

Vor allem weist Atkinson die Behauptung zurück, Kräfte der Globalisierung und des technologischen Wandels seien unverrückbare Realitäten, denen sich Sozialpolitik unterzuordnen habe. Im Gegenteil: Globalisierung lasse sich natürlich politisch gestalten, und auch technologischer Wandel – in seinen Grundlagen maßgeblich staatlich finanziert – könne konstruktiv gestaltet und mit einer weniger ungleichen Gesellschaft in Einklang gebracht werden.

Atkinson macht drei Bereiche aus, in denen eine Reihe von Maßnahmen zum Abbau von Ungleichheit anzusiedeln sei:

- Steuer- und Sozialpolitik
- Arbeitsmarktpolitik
- Neuordnung der Kontrolle über Kapital

Progressivere Steuer und Sozialpolitik

Etwa die Hälfte der angestrebten Ungleichheitssenkung um 10 Gini-Punkte könne durch seine Vorschläge für eine progressivere Steuer- und Sozialpolitik erreicht werden.

- Im Zentrum steht dabei eine stärker progressive Einkommensbesteuerung, mit einem Spitzensteuersatz von etwa 65% und einer verbreiteten Bemessungsgrundlage; sowie mit einer Entlastung niedriger Einkommen.

- Außerdem sollten Erbschaften als Teil einer Empfänger-bezogenen Bemessung auf den gesamten Lebensverlauf besteuert werden: Jeder darf leistungslos in welcher Art auch immer beschenkt werden, aber je höher die geschenkte oder ererbte Summe im Lebensverlauf ausfällt, desto stärker wird sie besteuert.

- Bei den Sozialausgaben liegt sein Fokus auf der Förderung von Familien – angesichts der besonders ausgeprägten Kinderarmut in Großbritannien wenig verwunderlich. Atkinson schlägt deutlich höheres Kindergeld vor, das dann jedoch mit unter die progressive Einkommensteuer fallen soll: Somit würden einkommensstarke Haushalte deutlich weniger Kindergeld erhalten als einkommensschwache.

- Ferner befürwortet Atkinson für Großbritannien ein Grundeinkommen als eine mögliche Option. Dies solle jedoch nicht an Staatsbürgerschaft sondern an „gesellschaftliche Beteiligung“ gekoppelt werden. Kriterien dafür sollten nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Pflege und andere unbezahlte Arbeit sein.

- Bezogen auf die globale Dimension der Ungleichheit fordert er eine Anhebung der Entwicklungshilfe auf 1% des Bruttonationaleinkommens ein im Vergleich zu derzeit angestrebten 0.7%.

Arbeitsmarktpolitik

Atkinson betont jedoch, dass Ungleichheit nicht nur über direkte staatliche Umverteilung reduziert werden solle, sondern auch durch eine Neuordnung des Arbeitsmarktes und der Kontrolle von Kapital. Er ist dabei der Ansicht, dass die angebotsorientierte Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahrzehnte wenig erfolgreich war und schlägt unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Er schließt sich seinem Oxforder Kollegen Simon Wren-Lewis an, dass die Geldpolitik neben der Preisstabilität auch ein hohes Beschäftigungsniveau zum Ziel haben solle.

- Auch solle der Staat eine Beschäftigungsgarantie umsetzen, nach der jedem Menschen, der Arbeit suche, vom Staat eine Beschäftigung zum Mindestlohn garantiert werde: „After all, if banks are too important to fail, so too are our citizens.“

- Arbeit allein sei jedoch offensichtlich nicht ausreichend, um ein würdiges Auskommen zu sichern. Daher müsse flankierend für ausreichend hohe Mindeslöhne gesorgt werden.

- Technologischer Wandel solle explizit von der Politik mitgestaltet werden, mit einem Fokus auf Innovationen, die mit Beschäftigung und der „menschlichen Dimension von Dienstleistungen“ vereinbar seien.

Mit letzterem Punkt möchte sich Atkinson keineswegs der Realität verweigern. Im Gegenteil: Mit seiner Feststellung, dass der Staat bereits jetzt maßgeblich die Grundlagenforschung für technologischen Wandel finanziere, weist er auf eine Tatsache hin, die von den Apologeten einer angeblich unvermeidbaren Ungleichheit durch Technologie und Globalisierung gerne übersehen wird.

Neuordnung der Kontrolle über Kapital: „The implications of robotisation depend crucially on who owns the robots“

Entsprechend solle der Staat jedoch auch seine Vermögenspositionen im Blick behalten. Atkinson betont – ähnlich wie Piketty – dass in der Debatte um Staatsfinanzen immer nur die Seite der Schulden gesehen werde, nicht jedoch die staatlichen Vermögen. Das sei wie das Lamento einer Privatperson über die hohen Schulden durch den Hauskauf, bei dem der Eigentumstitel über das Haus unterschlagen werde.

Atkinson fordert, dass der Staat seine Vermögensposition verbessern solle und sich – entsprechend seiner Beteiligung an den technologischen Grundlagen der Kapitalakkumulation – auch mehr Kontrolle über dieses Kapital aneignen solle:

> *This is not nationalization, but rather the acquisition of beneficial ownership, with the medium-term goal that the state would benefit from the rise in the share of profits that may happen as a result of macro-economic developments. As it was put by Laura Tyson in a recent debate about technological change, the implications of robotisation depend crucially on who owns the robots. If the state – which has after all paid for much of the development – gets a significant chunk of the profits, then the distributional outcome will be quite different.*
>
> — Anthony Atkinson 2015, *LSE III Working Paper 2* „Inequality: what can be done?“

Und er hat weitere Vorschläge, u.a.:

- Die Wiedereinführung von Index-gebundenen Anleihen für Kleinsparer, die mindestens die reale Wachstumsrate („g in excess of inflation“), sicherstellten

- Außerdem bringt Atkinson einen bei sogenannten Linkslibertaristen beliebten Vorschlag einer einmaligen Vermögensausstattung jedes Bürgers mit dem Erreichen der Volljährigkeit

- Eine Stärkung von Gewerkschaften, mit der das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit wieder in ein besseres Gleichgewicht gebracht werden kann – was einen zentraler Beitrag zur Ungleichheitsbekämpfung darstellen dürfte, wie zuletzt auch der IWF in einer Studie aufgezeigt hat

Viele Ideen mit einem Kern: Weniger Ungleichheit geht, wenn wir es wollen

Bei alledem scheint Atkinson an keinem einzelnen seiner Vorschläge zu hängen: Vielmehr geht es ihm darum, aufzuzeigen, dass es viele komplementäre Wege gibt, Ungleichheit auch unter heutigen technologischen und politischen Bedingungen zu reduzieren. Maßgeblich sei, zu entscheiden, ob eine solche Politik erwünscht sei, und dann endlich die Illusion beiseite zu legen, dass dies ohnehin nicht zu erreichen sei. Atkinson erinnert daran, dass wir heute global betrachtet reicher seien denn je – es komme vor allem darauf an, diesen Reichtum an Ressourcen besser aufzuteilen.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Mau / Schöneck: (Un–)Gerechte (Un–)Gleichheiten

7. Oktober 2015 · von Julian Bank

Rezension des Sammelbands *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten, Herausgegeben von Steffen Mau und Nadine M. Schöneck, Suhrkamp 2015, 208 Seiten, 16 Euro, ISBN: 978-3-518-12684-4, mit Beiträgen von Jutta Allmendinger, Jens Beckert, Rainer Hank, Wolfgang Merkel, Sighard Neckel, Paul Nolte, Hartmut Rosa u.a.*

Es ist schon bezeichnend, dass das Thema Ungleichheit im vergangenen Jahr nicht aus jener sozialwissenschaftlichen Disziplin heraus wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde, die sich klassischerweise am gründlichsten und breitesten damit befasst: die Soziologie. Nein, es war der Ökonom Thomas Piketty, der mit seinem Buch Das Kapital im 21. Jahrhundert, Verteilungsfragen an die Spitze der Bestsellerlisten und in die Wirtschaftsblogs und Feuilletons katapultierte.

Nun sollte man jedoch nicht allzu gewagte Rückschlüsse über die Volkswirtschaftslehre daraus ziehen. Denn eines der Verdienste von Piketty lag auch darin, aufzuzeigen, dass deren Mainstream ein Ungleichheitsdefizit aufweist. Vermutlich hängt es auch nicht so sehr von der Herkunftsdisziplin ab, ob ein Thema es schafft in die öffentliche Debatte vorzudringen, sondern vielmehr von der Sprache, in der Forschung präsentiert wird. In dieser Hinsicht konnte sich Piketty sowohl von der häufig unverhältnismäßig mathematisierten VWL wohltuend abheben, als auch von dem verschwurbelten Stil, der in Teilen der Soziologie mühsam gepflegt wird.

Neues Buch: Pluralität zwischen Disziplinen, Ungleichheitsdimensionen und Gerechtigkeit

Einem in diesem Jahr erschienenen kleinen Suhrkamp-Band nun gelingt es (zumindest zum Teil), dieses Defizit zu überwinden. Die zwei Soziologen Steffen Mau und Nadine M. Schöneck haben einen bunten Strauß an Autor/innen versammelt, die sich dem Themenkomplex Ungleichheit und Gerechtigkeit auf häufig angenehm klare und prägnante Weise widmen. Unter dem etwas sperrigen Titel „(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten“ haben die beiden Herausgeber Soziologen, Politikwissenschaftler und Ökonomen eingeladen, aus sehr unterschiedlichen Perspektiven einen Blick auf ebenfalls sehr unterschiedliche Themenfelder zu werfen, die mit Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen zusammenhängen.

Der Band ist also gezeichnet durch einen gleich in dreierlei Hinsicht pluralen Ansatz. Erstens ist der Band interdisziplinär besetzt. Zweitens sucht er den Zusammenhang zum Leitthema aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln: Bildung, Markt, Sozialstaat, Geschlechter, Erben, Globale Ungleichheit und Migration, sowie Demokratie. Und drittens wird jede dieser einzelnen Sektionen von zwei Autor/innen behandelt, teils kontrovers, zum Teil auch komplementär.

Viele Bäume, ein Wald?

Zumindest was die Vielfalt der Sektionen betrifft, zeigt diese Pluralität jedoch auch ein Problem auf, das nur allzu typisch ist für die Ungleichheitsforschung – gerade in der Soziologie. Es wird nicht klar strukturiert, in welcher Hinsicht Ungleichheit nun eigentlich thematisiert wird. In den Beiträgen von Jens Beckert und Thomas Straubhar zum Thema Erbschaftsbesteuerung geht es etwa um ökonomische Ungleichheit und Verteilungspolitik. Dagegen thematisieren die Abschnitte Bildung und Ge-

schlechter jeweils primär eigene soziale Ungleichheitsdimensionen, die natürlich auch mit der ökonomischen Ungleichheit zusammenhängen.

Verkomplizierend kommt noch hinzu, dass nicht nur die „positive“ Dimension der Ungleichheit, sondern auch noch die normative Dimension der Gerechtigkeit behandelt wird, in jeweils recht unterschiedlichen Verhältnissen. In manchen Beiträgen, etwa bei Rainer Hank zum Sozialstaat, werden sehr grundsätzlich Gerechtigkeitsprinzipien diskutiert, während andere Beiträge stärker empirisch auf die Ungleichheitsdimension zielen.

Typisches Soziologenproblem: Im Strudel der eigenen Differenzierungen

Diese Pluralität muss kein Problem sein. Ja, die Herausgeber thematisieren sie sogar gleich zu Beginn und machen sie zum Ausgangspunkt des Buchs. Sie berichten von einer internationalen Soziologenkonferenz, auf der ein britischer Journalist den Wissenschaftlern einen gewichtigen Vorwurf machte:

> *Aus seiner Sicht würden Soziologen nichts anderes tun, als immer neue Ungleichheiten zu entdecken und diese zum Problem zu machen. Sie erzeugten ihren Gegenstand gleichsam selbst und hätten bedauerlicherweise kein Instrumentarium entwickelt, gute und wünschenswerte Ungleichheiten von problematischen Ungleichheiten zu unterscheiden.*
>
> — Steffen Mau und Nadine M. Schöneck, in: dies. 2015, S. 9

So gesehen ist die Zusammenstellung der Beiträge also genau eine Antwort auf dieses doppelte Puzzle zwischen Ungleichheitsdimensionen und Gerechtigkeitsdebatten. Leider jedoch wird das Puzzle nur nicht aufgelöst, sondern die Beiträge stehen einfach nebeneinander. Wünschenswert wäre es gewesen, das Verhältnis der verschiedenen Ungleichheitsdimensionen untereinander, und deren Verhältnis zur Frage der Gerechtigkeit zu systematisieren. Auch die einleitenden Essays verschiedener Sozialforscher leisten das nicht. Die Leser/innen müssen das schon selbst machen, wenn sie sich nicht ohnehin nur die Themen heraussuchen, die sie spontan interessieren. Im folgenden drei Vorschläge:

Interventionsspiralen, Förderzoo und Ellenbogengesellschaft

Rainer Hank, Ressortleiter Wirtschaft und Finanzen der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, versteigt sich in seinem Beitrag zu der These, der Sozialstaat führe in die Ellenbogengesellschaft. Er argumentiert zunächst klassisch libertär, dass Ungleichheit legitimes Ergebnis legitimer (Markt-)Prozesse und Freiheitsausübung sei – und übersieht dabei die ideologische Aufladung des Freiheitsbegriffs und die Tatsache, dass die freiwillige Beteiligung an Tauschakten nicht gleichbedeutend ist mit einem Persilschein für alles, was daraus gesellschaftlich entsteht.

Doch es wird noch absurder: Umverteilung, so Hank, führe zu „Interventionsspiralen“, weil durch Umverteilung geschaffene Ungleichbehandlungen wiederum Umverteilungsmaßnahmen nötig machten. Es entstünde ein „Förderzoo“ der Sozialstaatlichkeit. Hank kommt zu dem grotesken Schluss, dass der Sozialstaat den Rechtsstaat auf Dauer aushöhle, weil „gesellschaftlich mächtige Gruppen“ geldwerte Vorteile gegen die Wiederwahl von Politikern tauschen würden.

Willkommen im Märchenland der Wirtschaftsliberalen, ohne Sozialstaat, mit ausgeprägter Ungleichheit – hier also würde der Rechtsstaat wunderbar funktionieren, demokratische Rückkopplung kein Problem... Ellenbogen? Nicht nötig, die Ungleichheit ist ja ohnehin legitim, Ergebnis von Marktprozessen, die aus Freiheitsakten entstehen. Bei diesem Szenario wundert es mich doch immer wieder, wie Wirtschaftsliberale es schaffen können, Befürworter der Umverteilung als Traumtänzer darzustellen und selbst mit dem Image des harten Realisten wegzukommen.

„Ungleichheit als Krankheit der Demokratie“

Da erscheint der Beitrag des WZB-Politikwissenschaftlers **Wolfgang Merkel** doch etwas realitätstauglicher. Er stellt Hanks steile These zurück auf die Füße und thematisiert die Erosion von Demokratie und politischer Gleichheit im Zuge wachsender ökonomischer Ungleichheit – regelmäßig Thema auch in diesem Blog. Merkel spricht von einer „Oligarchisierung der Demokratie“:

> *Wir haben es (…) mit der teils bewussten, teils fahrlässigen Preisgabe von staatlichen Regulierungs-, Steuer- und Korrekturkapazitäten gegenüber einer Ökonomie zu tun, die strukturell sozioökonomische Ungleichheiten produziert und das fundamentale Demokratieprinzip politischer Gleichheit schleift.*
>
> — Wolfgang Merkel, in: Mau/Schöneck (Hg.) 2015, S. 193

Dieser sich wechselseitig bedingende Prozess wachsender ökonomischer Ungleichheit und der Erosion politischer Gleichheit müsse gestoppt werden. Dafür jedoch solle man sich nicht auf neuartige demokratische Instrumente wie direkte Demokratie oder E-Democracy verlassen, die irrelvant seien oder gar die Probleme verstärken könnten. Man solle vielmehr auf den klassischen Weg repräsentativer Demokratie setzen und für Umverteilungspolitik streiten.

Erbschaften besteuern

Einen wichtigen Pfad in diese Himmelsrichtung beschreibt der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, **Jens Beckert**. Er argumentiert, dass gerade ein massiver Ausbau der Erbschaftsbesteuerung ein sinnvoller Schritt wäre, die krasse Vermögensungleichheit in Deutschland anzugehen.

Beckert weist allerdings auf die strategische Herausforderung hin, dass Erbschaftsbesteuerung Umfragen zufolge relativ unbeliebt sei. Eine mögliche Erklärung sei die symbolische Aufladung von Erbschaften: Sie würden „durch den Tod pietätvoll verklärt und der Sphäre des Profanen entrissen“.

> *Zu special money werden Erbschaften aber auch, weil sie oftmals eng mit der familiären identität vom Erblasser und Erben verwoben sind. Denn in Erbschaften symbolisieren sich biografische Erwartungen (…)*
>
> — Jens Beckert, in: Mau/Schöneck (Hg.) 2015, S.149

Beckert erinnert jedoch daran, dass dies historisch nicht immer der Fall gewesen sei. Im 20. Jahrhundert seien die Erbschaftsbesteuerung von einer großen Mehrheit in der Bevölkerung befürwortet worden; die Erbschaftssteuersätze lagen in der Spitze bei 77 Prozent (im Fall USA!). Auch in Deutschland lagen die Spitzensteuersätze auf Erbschaften kurzzeitig bei 60 Prozent.

Fazit

Insgesamt bietet das Buch also einen kontroversen Rundumschlag zur Debatte um Ungleichheit und Gerechtigkeit aus Sicht deutscher Soziologen und benachbarter Sozialwissenschaftler. Man kann sich dabei sein eigenes Themenmenu zusammenstellen oder versuchen, sich einen Überblick zu verschaffen – bei letzterem jedoch ist man auf sich gestellt, einen roten Faden und Struktur zu finden, um den Dschungel an Ungleichheitsdimensionen und deren Verhältnis zu normativen Fragen zu durchblicken.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Sozialismus, Freiheit, Gerechtigkeit

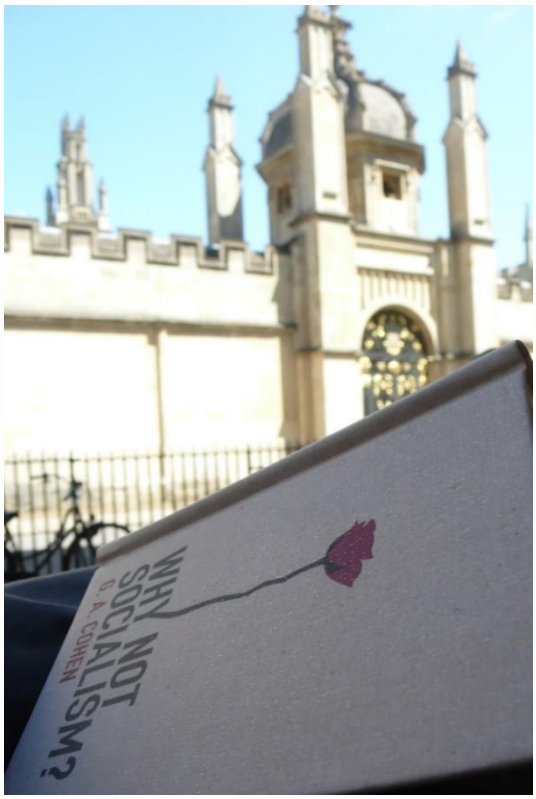
14. April 2016 · von Julian Bank

Der analytische Philosoph G. A. Cohen, der von 1985 bis 2008 am All Souls College in Oxford lehrte, setzte sich mit den großen Fragen progressiver Politik auseinander. Heute wäre er 75 Jahre alt geworden. ***Eine Hommage****.*

Jerry Cohen starb im selben Sommer wie mein Vater. 2009 war das. Als ich für mein drittes und letztes Studienjahr im Herbst nach Oxford zurückkehrte war das Wandeln auf Cohens Spuren untrennbar verbunden mit meinem eigenen, nahen Verlust. Es ist wohl müßig zu versuchen auseinanderzurechnen, welchen Anteil die Trauer um Cohen wohl ausmachte – auch wenn genau solche Fragen typische Ausgangspunkte von Cohens analytischer Philosophie sein konnten: Welchen Anteil hat was in einer Sache, was ist die Substanz, die beides verbindet, welches abstrakte Prinzip liegt dieser oder jener konkreten Erwägung zugrunde. Cohen nannte dies den „Oxford Style" Philosophie zu betreiben, den er bei seinem Lehrer Gilbert Ryle dort gelernt hatte: Aus Intuitionen und konkreten Beispielen abstrakte Prinzipien ableiten. Dies kontrastierte er mit dem „Harvard Style" von John Rawls, mit dem er sich viele Jahre auseinandersetzte.

Cohen war ein brillanter analytischer Philosoph – aber vor allem wandte er sein klares Denken an auf substantielle Fragen; Fragen, die ihn seit seiner Kindheit in einem jüdisch-marxistischen Millieu im kanadischen Montreal umtrieben: Sozialismus, Freiheit, Gerechtigkeit. Marx, Nozick und Rawls waren die großen Philosophen, an denen sich Cohen abarbeitete – und es wäre nicht vermessen zu behaupten, diese hätten sich heute genau so an ihm abarbeiten können.

Als ich im Oktober 2009 ins All Souls College spazierte, wo ich anderthalb Jahre vorher an kalten und nebligen Wintertagen in die Seminargewölbe hinabgestiegen war, um an Seminarsitzungen von Cohen teilzunehmen, steuerte ich diesmal die Pförtnerloge an. Ich sprach Peter, den Pförtner in karrierter Hose, auf Cohen an und er erzählte mir, dass er diesen noch an dem Morgen, bevor er seinen Schlaganfall erlitt, herzlich gegrüßt hatte. „Jerry war ein besonderer Mensch. Vor allem war er so unglaublich warmherzig und nahbar."



Cohen-Lektüre am All Souls College in Oxford

Cohen war bekannt für seinen Humor. Und seine analytische Schärfe. „Wit" ist das englische Wort, das beides fasst. Auf Youtube kann man Videos von Cohen anschauen, in denen er sich über seine eigene Philosophen-Zunft lustig macht. Er inszeniert beispielsweise auf dem

Sofa abends mit Studenten einen fiktiven Boxkampf zwischen „Jürgie Bürgy Habermas“ und „John the Kid Roemer“. Oder liest die wenigen Zeilen aus Marx‘ Vorwort von 1859 zur „Kritik der Politischen Ökonomie“, die Cohen selbst als Grundlage für sein erstes großes Werk gedient hatte, als wären sie weniger Kondensat des marxschen Historischen Materialismus, als vielmehr ein auf einen revolutionären Höhepunkt zulaufendes Liebesspiel zwischen Karl und Jenny.

Die große Linie in Cohens Lebenswerk war eine Befreiung vom Marxismus seines Elternhauses, nie jedoch zulasten einer großen Treue zu den für Cohen damit verbundenen Grundwerten. Kurz vor seinem Tod erschien das kleine Büchlein „Why not Socialism?”, in dem er sich weiterhin als Sozialist positioniert, aber nicht als verstaubter, sondern als ehrlich hinterfragender, als Optimist: Einer, der ungelösten Problemen unideologisch ins Auge sehen kann, und nicht verschweigt, wo Sozialisten noch nachzudenken haben, der zugleich jedoch mit Brillanz begründet, warum dies lohne und normativ wünschenswert sei.

Das war seine große Stärke: Nicht nur sein Gespür für Angriffspunkte der von ihm kritisierten Positionen, sondern vor allem die Fähigkeit solche Positionen in ihrer stärksten Form zu isolieren und an ihnen zu demonstrieren, dass sie inkonsistent oder hohl waren. Zugleich wahrte er die Grenzen seiner Argumente: Machte deutlich, was sie nicht zeigen konnten. Damit entwickelte er wirkungsvollere Kritiken als manche „Genossen“, die sich lediglich an Strohmännern abarbeiteten und damit die eigentliche Auseinandersetzung scheuten.

Cohen war also ein Aufklärer par Excellence. Durch seine Schulung in analytischer Philosophie war er früh ein harrscher Kritiker von „Bullshit“, insbesondere dem „Bullshit-Marxismus“. Und hier regte ihn am meisten auf, wenn unklares und unsauberes Denken nicht aus Unfähigkeit sondern aus intellektueler Faulheit oder, noch schlimmer, zur bewussten Verschleierung benutzt wurde. In den 1980er Jahren traf er sich jährlich in der „September Group“, einem Kreis sogenannter analytischer Marxisten, die methodisch pluralistisch vorgingen, denen jedoch ein Bekenntnis zu Klarheit und Marxismus gemein war.

In seinem frühen großen Werk, „Karl Marx Theory of History: A Defence“ rekonstruiert Cohen den historischen Materialismus von Marx analytisch auf die wohl sauberste und konsistenteste Weise. Später schrieb er, dieses Werk sei für ihn auch nötig gewesen, um sich von seinen intellektuellen Wurzeln zu befreien. Beispielsweise zeigte Cohen in einem kleinen, aber wirkungsvollen Aufsatz mittels analytischer Philosophie, dass die marxistische Ausbeutungskritik auch ohne die diskreditierte Arbeitswertlehre bestand haben könne.

Ohne den Ballast des Marx, aber mit an ihm geschärften analytischen Klingen machte sich Cohen auf in die zeitgenössen Debatten der politischen Philosophie. Von der Ausbeutungskritik des Marxismus inspiriert setzte er sich ausführlich mit den politisch abstrusen, philosophisch jedoch scheinbar seelenverwandten Positionen des Rechts-Libertarismus auseinander. Er dekonstruierte dessen Freiheitsrhetorik und Gerechtigkeitstheorie, so dass davon nicht mehr als Scherben übrig blieben, und legte damit frei, was ihn eigentlich daran umtrieb: die sogenannte Self-Ownership-These, also die These, dass jeder moralischer Eigentümer an seiner Person und den Früchten seiner Arbeit sei.

Später begab sich Cohen in die Debatten des Egalitarismus und entwickelte den sogenannten „Luck-Egalitarianism“. Egalitarismus – so verstanden – ziele im Kern darauf ab, unfreiwillige Nachteile zu beseitigen. In ausführlichen Debatten stritt er sich unter anderem mit Ronald Dworkin über die Frage, ob die Gleichheit von Ressourcen oder von Wohlfahrt entscheidend sei, und wie man im zweiten Fall mit „teuren Geschmäckern“ umzugehen habe.

Schließlich trieb es Cohen zur Auseinandersetzung mit John Rawls als dem vermutlich bedeutendsten Gerechtigkeitstheoretiker des 20. Jahrhunderts. In seinem dichtesten, ein Jahr vor seinem Tod erschienenen Werk „Rescuing Justice and Equality“ nimmt Cohen insbesondere Rawls‘ Differenzprinzip unter die Lupe,

mit dem Rawls Ungleichheiten zu rechtfertigen sucht, wenn sie den am schlechtesten Gestellten – etwa durch Leistungsanreize für talentierte Personen – zugute kämen. Aus Cohens Sicht könnte dieses zwar den Privilegierten einer Gesellschaft nur recht sein, es sei jedoch als Teil einer Gerechtigkeitstheorie nicht stabil und konsistent. Cohen begibt sich hier in „meta-theoretisches" Terrain und fragt nach den verschienenen Abstraktionsebenen von Gerechtigkeitstheorien, nach den Abgrenzungen zwischen individueller Moral und gesellschaftlichen Strukturen und nach der Rolle eines egalitären Ethos bei Rawls. Rawls Theorie komme ohne einen solchen Ethos nicht aus, so Cohen. Dieser kollabiere jedoch in sich selbst, wenn er auf Gleichheit abziele, aber zur Rechtfertigung eigener, individueller Privilegien genutzt werde. Noch lange dürften sich Rawlsianer mit Cohens Verteidigung eines radikaleren Egalitarismus beschäftigen.

Heute wäre Jerry Cohen 75 geworden. Wie gerne würde ich jetzt mit meinem Vater zusammensitzen und mit ihm über Cohen und seine neusten Beiträge diskutieren.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

Herausgeber & Autor*innen

Herausgeber

Julian Bank ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialökonomie der Uni Duisburg-Essen und Herausgeber des Blogs Verteilungsfrage.org.

→ Julian Bank auf Twitter folgen

Weitere Autor*innen

Dr. Frank Bandau forscht an der Universität Bamberg unter anderem zu den politischen Ursachen der wachsenden sozialen Ungleichheit in Europa

Lea Elsässer promoviert zum Zusammenhang von Ungleichheit und Repräsentation in Osnabrück und ist Gastdoktorandin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln

Fabian Steininger promoviert an der FU Berlin zu Konzeptionen moralischer Ökonomien im Spätosmanischen Reich.

Impressum

Verantwortlich: Julian Bank
Cranachstr. 48, 50733 Köln
julian.bank@verteilungsfrage.org

Die Artikel sind im Blog verteilungsfrage.org zwischen Juli 2015 und September 2016 erschienen. Sie stehen soweit nicht anders angegeben unter einer Creative Commons Lizenz CC-BY-NC 4.0.

Gestaltung des Ebooks: Julian Bank.
Besonderer Dank gilt den Gastautor*innen, sowie Till van Treeck und Julian Becker.

Newsletter abonnieren:
verteilungsfrage.org/newsletter

Bitte empfehlen Sie das Blog, den Newsletter und dieses E-Book weiter!

Das Jahrbuch 2014/2015
Auf über 60 Seiten wichtige Hintergründe zur Ungleichheitsdebatte des Vorjahres nachlesen - zum **kostenlosen Download auf Verteilungsfrage.org** verfügbar.

Jahrbuch 2015/2016

verteilungsfrage.org
Blog Zur Politik und Ökonomie der Ungleichheit